Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

CHRUSCHTSCHEWS WERBEN UM DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER

Chruschtschew hat *Besuchsdiplomatie* und *Massenpropaganda* zu wirksamen Instrumenten seiner Politik entwickelt. Auch auf der Reise nach *Indien* und *Indonesien*, die, mit den Zwischenhalten in Burma und Afghanistan, fast den ganzen Februar in Anspruch nahm, bediente er sich ausgiebig der beiden Mittel: einerseits versuchte er bei Nehru im indisch-chinesischen Grenzkonflikt zu vermitteln und warb bei Sukarno für die sowjetischen Methoden bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft; anderseits gab sich der Gast in Indien öffentlich als der «Friedensstifter» und diskreditierte, genau so wie in Indonesien, in Massenkundgebungen mit aller Vehemenz die Hilfe des Westens an die Entwicklungsländer. Auf diese Weise sollten auch die Nachwirkungen von Eisenhowers «Goodwill-Tour» ausgemerzt werden.

Die langfristigen Kredite von 250 Millionen Dollar an Sukarno, die Schenkung eines Spitals mit 200 Betten an die Stadt Djakarta, die Lieferung eines Kernreaktors für wissenschaftliche Zwecke samt Ausbildung von Spezialisten sind Teile einer Werbeaktion großen Stils, mit denen das indonesische Inselreich noch stärker der Sowjetunion verpflichtet und für eine kommunistische Zukunft gewonnen werden soll. Darum auch die Unterstützung der nationalistischen Forderung auf Anschluß Niederländisch-Neuguineas (West-Irians) an die indonesische Republik. Der Kommunismus sieht in den Kolonien von gestern seine Chance in nationalistischen Diktaturen, deren Weg freilich durch den Marasmus und die Selbstauflösung demokratischer Systeme vorbereitet sein kann. Indonesien durchläuft diese Entwicklung. Sukarno hat schrittweise die parlamentarische Opposition und das Parlament als Institution ausgeschaltet, und nur die Armee, die vor allem auf entlegenen Inseln schon seit Jahren die absolute Herrschaft ausübt, ist noch nicht völlig unter Kontrolle des Staatschefs.

In Djakarta hat Chruschtschew auch die Gründung einer *Universität der Völkerfreundschaft* in Moskau bekanntgegeben. Ausländische Studenten, insbesondere aus Asien, Afrika und Lateinamerika sollen dort zu Agronomen, Nationalökonomen, Ingenieuren und Ärzten ausgebildet werden. In den USA, aber auch in Paris und London absolvieren seit Jahrzehnten junge Asiaten und Afrikaner, gefördert durch den Staat, durch Universitäten und Stiftungen, ihre Studien; Chruschtschew versucht wieder durch eine spektakuläre Maßnahme den Westen zu übertrumpfen. Im allgemeinen Wettbewerb zwischen Ost und West ist das Ringen um die akademische Jugend, die Führer von morgen, ausschlaggebend. Stalins massive und exklusive Indoktrinierung der politischen Funktionäre hat in der Ära Chruschtschews einer subtileren Methode Platz gemacht, in der auf dem Weg über das eigentliche Fachstudium, samt der breiten Streuung der Technischen Hilfe, das Ziel des Kommunismus vorbereitet wird.

Eisenhower in Südamerika

Eisenhowers «Goodwill-Mission» nach *Brasilien*, *Argentinien*, *Chile* und *Uruguay* vom 22. 2. bis 3. 3. war typisch für den Triumph der Besuchsdiplomatie und der «Grin-and-wave»-Paraden; skeptische Beobachter in Washington verurteilten die Reise als Exzeß jenes Stils, den ursprünglich eigentlich

Chruschtschew inauguriert hatte: die Zeit reichte nicht zu gründlichen Gesprächen mit den Staatschefs der vier Staaten, es blieb bei bloßen Demonstrationen interamerikanischer Verbundenheit.

Dabei steht Washington in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika vor großen Aufgaben. Die Erwartung erweiterter Dollarhilfe vom reichen Land im Norden ist durch Eisenhowers Besuche noch größer geworden. Wenn Moskau seine Lockrufe mit Hilfe von Kreditangeboten und Kulturabkommen intensiviert, wird auch auf diesem Kontinent der Wettlauf zwischen West und Ost beschleunigt. Viele Südamerikaner erklären, daß ihr Kontinent eine Aschenbrödel-Rolle spiele, während Europa und Asien seit Jahren eine massive Wirtschaftshilfe der freien Welt zuteil werden.

Der Streit mit dem *Kuba* Fidel Castros in der unmittelbarsten Nachbarschaft der USA kann als Exempel für all die Schwierigkeiten gelten. Die amerikanische Öffentlichkeit hatte das Ende der Diktatur Batistas begrüßt; doch im Laufe der Monate verlor das Regime der «Barbudos» durch die Auswüchse der Rachejustiz, gewisse Enteignungsmaßnahmen und die massiven Anschuldigungen gegen die USA, die zum Teil durch Übergriffe von Florida aus verschuldet waren, allmählich an Kredit. Dazu kam der Minderwertigkeitskomplex dem mächtigen Nachbarn gegenüber, den sich die Kommunisten für ihre konsequente Unterwanderung zunutze machen konnten. Die Abmachungen, die *Mikojan* im Februar mit *Fidel Castro* traf, waren Alarmzeichen. Die Abnahme kubanischen Zuckers, ein Kredit von 100 Millionen Dollar, die Aussicht auf sowjetische Waffenlieferungen und auf einen Besuch Fidel Castros in Moskau sollen Bausteine sein, um aus Kuba einen kommunistischen Stützpunkt im karibischen Raum zu machen.

Das Spiel Sékou Tourés

Eine aktuelle Illustration für das Verhältnis der neuen Staaten *Afrikas* zum West-Ost-Konflikt ist das Spiel *Sékou Tourés* zwischen der DDR und der Bundesrepublik. *Guinea* hatte sich im Widerstand gegen Frankreich selbständig gemacht; das bewirkte heftige, zum Teil kurzsichtige Reaktionen der früheren Schutzmacht. Amerika und die Bundesrepublik fühlten sich als Alliierte Frankreichs deswegen anfangs zu Zurückhaltung dem neuen Staate gegenüber verpflichtet. Das verschaffte dem Osten eine große Chance: in Abwesenheit westlicher Initiative faßte er mit Handels- und Kulturabkommen, mit Experten und mit dem Austausch von Delegationen in der Hauptstadt Conakry Fuß. Die DDR, die zur Erreichung der diplomatischen Anerkennung alle Mittel verwendet, um die Bundesrepublik zu überflügeln und zu diskreditieren, zeigte sich besonders aktiv.

Am 5. 3. überreichte der guineanische Botschafter sein Beglaubigungsschreiben bei Präsident Pieck. Bonn verlangte Auskünfte und stellte im Sinne der «Hallstein-Doktrin» — Bonn bricht die diplomatischen Beziehungen mit jeder Regierung ab, die Pankow anerkennt — ein befristetes Ultimatum. Der in Bonn akkreditierte Botschafter überbrachte eine Botschaft Sékou Tourés und erklärte, daß keine diplomatischen Beziehungen zwischen Conakry und Ostberlin bestünden. Das Dokument des guineanischen Präsidenten scheint zweideutig, das ganze Manöver undurchsichtig. Sékou Touré, den man vergangenes Jahr zum Mißvergnügen Frankreichs in Bonn in großem Stil empfangen hatte, nützt ohne jede Rücksicht die Spannung zwischen Ost und West aus. Dies tun viele dieser jungen Führer nicht aus Verantwortung ihren Ländern gegenüber, sondern aus *machtpolitischen Ambitionen;* eine dirigistische Wirtschaft und eine autokratische Staatsführung, gegründet auf vulgärmarxistische Ideen, sind Vehikel auf diesem Pfad zur Diktatur.

Adenauer in Amerika und Japan

Ein Grund für Bonns Aufschub des Entscheides gegenüber Guinea ist die Abwesenheit Außenminister v. Brentanos, der Adenauer nach Amerika und Japan begleitet. Adenauer hat die Überreichung neuer Doktorhüte zum Anlaß genommen, in Washing-

ton mit *Eisenhower* die westliche Ausgangsposition vor der *Gipfelkonferenz* im Mai zu erörtern. Seit dem Tode Dulles' fehlt dem Staatsdepartement die feste, eindeutige Führung. Vor allem in der Bundesrepublik befürchtet man, daß Washington, etwa unter britischem Einfluß, durch angebliche Elastizität die eigene Position schwächen könnte. Eisenhower und Adenauer haben indessen in einem gemeinsamen Communiqué erklärt, daß der *Status Berlins* beibehalten werde; man gedenkt in der Substanz fest zu bleiben, möchte aber die taktische Beweglichkeit wahren. Ausdruck dieser Flexibilität schien Adenauers Improvisation vor der Presse in Washington, nach der sich eine *Volksabstimmung in Westberlin* in die Regelung der Berliner Frage einschalten ließe. Die Westmächte, die sich in die Verantwortung für die bedrohte Stadt teilen, haben kühl auf den Vorschlag reagiert, der das Besatzungsstatut unterhöhlen und zudem die Manövrierfreiheit des Westens einengen könnte. Moskau — und damit auch Pankow — haben mit den üblichen Anschuldigungen reagiert, die zu ihrer üblen Diffamierung des Bundeskanzlers gehören.

Von Kalifornien aus fliegt Adenauer nach *Japan;* er erwidert den Besuch des Ministerpräsidenten Kischi und gedenkt sich daneben der landschaftlichen und kulturellen Schönheiten Nippons zu erfreuen. Allerdings verbinden gemeinsame Probleme von großer Tragweite die deutschen und japanischen Staatsmänner. Japan wird wegen der Wiederaufrüstung im Rahmen des Sicherheitsvertrags mit den USA — wie die Bundesrepublik als Mitglied der NATO — durch Demarchen und Noten des Kremls bestürmt und unter Druck gesetzt. Beide Staaten überwanden die Katastrophe des zweiten Weltkrieges durch einen aktiven Wiederaufbau mit amerikanischer Hilfe und sind heute Bollwerke der freien Welt in unmittelbarer Nachbarschaft des kommunistischen Blocks.

Bonns Initiative in Madrid

Wie eine militärische Initiative Bonns bei seinen Alliierten aufgenommen wird, haben die Sondierungen der deutschen Bundesregierung in Madrid illustriert. *Verteidigungsminister Strauß* ist im Rahmen der NATO um die Errichtung von *Versorgungsbasen* außerhalb der Bundesrepublik bemüht; über deren Notwendigkeit für die eingeengte, an den Eisernen Vorhang grenzende Bundesrepublik besteht innerhalb der Führung der NATO keine Diskussion. Was hingegen den Argwohn der Alliierten erregte, war das *isolierte Vorgehen* der Bonner Stellen. Im Augenblick, da de Gaulle noch immer seine Sonderwünsche im atlantischen Bündnis hegt, mußte das Vorhaben des deutschen Verteidigungsministers, der den stärksten und treuesten Partner der Allianz auf dem Kontinent vertritt, doppelt belastend empfunden und kritisch aufgenommen werden.

Der Fall ist nun beigelegt: alle Sondierungen Bonns werden in engstem Einvernehmen mit der NATO unternommen. Auf einem anderen Blatt steht jedoch die *Reaktion Westeuropas*, vor allem die Weise, wie sie sich in der britischen Presse spiegelte. Man begnügte sich nicht damit, kritisch auf den Mißgriff Bonns hinzuweisen und anzudeuten, daß durch eine Zusammenarbeit Bonn-Madrid die Erinnerung an die Waffenhilfe zur Zeit des Dritten Reiches heraufbeschworen werde: das Mißtrauen, das mancherorts bereits durch die antisemitischen Ausschreitungen vom Dezember und Januar geweckt war, wurde durch eine neue Kampagne geschürt, in der die Zuverlässigkeit der demokratischen Institutionen und die Redlichkeit der führenden Kräfte Westdeutschlands überhaupt in Frage gestellt wurden.

Daß besonders in gewissen politischen Kreisen *Englands* die Entrüstung so stark war, gehört ins gleiche Bild wie die *Erfolge der Propagandisten Pankows* jenseits des Ärmelkanals. Der Austausch von Gewerkschaftsdelegationen und die Besuchsreisen von Abgeordneten des Unterhauses, von Vertretern des Wirtschafts- und Kulturlebens reißen nicht ab. Bei diesen Kontakten wirkt die kommunistische Propaganda, in denen Westdeutschland als «Tummel- und Exerzierplatz der Faschisten und Kriegstreiber», Westberlin als «Nest der Provokateure und

Saboteure» gegen das «Friedenslager» verschrieen wird: aus der Drachensaat wächst neues Mißtrauen zwischen den Alliierten, das selbstzerstörerisch in jeden wirklichen oder nur künstlich erzeugten Konflikt eingreift.

Picus

EIN BEUNRUHIGENDER BESUCH

Nach der Bereinigung des algerischen Aufstandes vom Januar brachte die französische Öffentlichkeit dem Staatschef, der wegen Pinays Abberufung heftig kritisiert worden war, wieder neues Vertrauen entgegen. Seither sind knapp sechs Wochen verstrichen und von neuen hat sich der Himmel verdüstert. Weshalb? Es ist bezeichnend, daß nach vierzehn Monaten Lebensdauer eines von der großen Mehrheit des Landes begrüßten neuen Regimes diejenigen Politiker, die für de Gaulles Rückkehr an die Macht am meisten getan haben: Soustelle, Bidault u. a., heute in mehr oder weniger offener Opposition stehen. Viele Gründe, die sich manchmal addieren, manchmal widerstreiten, erklären das. Die Unzufriedenheit der Bauern, die am lautesten geäußerte, gab sich in Clermont-Ferrand, Blois und Chartres auf verhältnismäßig friedliche Weise zu erkennen. In Amiens jedoch machte sie sich mit großer Heftigkeit Luft und zeigte das Ausmaß der Krise. Die ländlichen Abgeordneten wünschen von der Regierung eine «Indexierung», welche die landwirtschaftlichen Preise mit den Verbraucherpreisen verbinden und dadurch die Gewinnspanne der Produzenten schützen würde. Sie wünschen auch eine Finanzierung der Landwirtschaft, die sich nicht auf ein dirigistisches und sozialisierendes System stützen würde, sondern auf Bezirksorganisationen, welche den Schutz der mittleren und der Familienunternehmen gewährleisteten, die der Landbebauung in Frankreich zu Grunde liegen.

Die den Gemeinsamen Markt vorbereitende Konferenz von Stresa hatte festgestellt, daß trotz Rationalisierung der Produktion sowie Abnahme der bäuerlichen Bevölkerung das Einzeleinkommen des Bauern in dreißig Jahren eine bedeutende Verminderung erfahren hat. Gleichzeitig führten die Fortschritte des Ertrags und der landwirtschaftlichen Produktivität in Frankreich zu Preisermäßigungen in der Produktion. So kostet das Getreide, auf den Preis von 1914 bezogen, hundertdreißig- bis hundertfünfzigmal mehr, während die gewerblichen Produkte und die Dienstleistungen in der gleichen Zeit sich um drei- bis vierhundertmal verteuert haben. Gewaltige Kredite und vielfältige Investierungserleichterungen wurden durch die verschiedenen Wirtschaftspläne der Industrie zugestanden, die Landwirtschaft hingegen wurde dabei kaum berücksichtigt. Die Mehrzahl der Bauern haben deshalb das Gefühl, von den übrigen Volksteilen abgetrennt zu sein, verschieden behandelt und gezwungen zu werden, anderen den Profit ihres eigenen Fortschrittes überlassen zu müssen, ohne von dem der andern Nutzen ziehen zu können. Sanierungsbestrebungen in lokalem Bereich scheinen um so notwendiger, als gewisse Regionen Frankreichs sich im Lauf der letzten achtzig Jahre in alarmierender Weise entvölkert haben. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit haben hunderttausend Menschen, davon neun Zehntel Bauern, die Gegend des Morvan, ein bekanntes Zuchtgebiet verlassen, um in den Städten zu arbeiten, was die wirtschaftliche Expansion der Gegend bremste, die doch allein die Auswanderung verhindern könnte. Das gleiche gilt für die Bretagne, wo der Notstand die Wut des Volkes gegen die Staatsautorität in schwer vorstellbarem Maß ausgelöst hat. Im Bewußtsein dieser ernsten Situation versucht die Regierung Maßnahmen zu ergreifen, um den Gebieten schärfster Krise neue Kraft zuzuführen. Indessen verlangte eine

große Zahl Abgeordneter die Einberufung des Parlaments in außerordentlicher Sitzung und hat zu diesem Zweck das notwendige Quorum erreicht. Die Fraktionen der Sozialisten, Radikalen, Unabhängigen und Volksrepublikaner beklagen die Ausweitung des Präsidialsystems auf alle Organe des politischen Lebens. Ihre gestern noch gedämpfte Kritik verhängt eine schwere Bedrohung über die gegenwärtige Mehrheit der Regierung Debré.

Im Hinblick auf die Reise Chruschtschews und der kommenden Gipfelkonferenz haben die kommunistischen Gewerkschaften die soziale Aufstachelung im Mutterland gebremst. Nichts desto trotz zeichnet sich die Drohung der Inflation ab und stellt eventuell die gleitende Lohnskala in Frage. Solange Pinay das Finanzministerium leitete, glaubte das Land an die Festigkeit des Francs sowie an den Willen der Regierung, unablässig gegen alles anzukämpfen, was diese unerläßliche Festigkeit aufs Spiel setzen könnte. Nachdem Pinay in der Regierung mehrere Male begründete Kritik und weise Mahnungen vorgetragen hatte, hat seine Abberufung das Vertrauen der Öffentlichkeit erschüttert, trotz der einhellig anerkannten Kompetenz seines Nachfolgers. Man kann in der Tat fürchten, daß dieser, der nicht wie der populäre «Monsieur Pinay» über den Rückhalt eines Viertels der Wählerschaft verfügt, früher oder später veranlaßt wird, dem Druck der öffentlichen Dienste und den Ansprüchen der Beamten nachzugeben, der das Gleichgewicht der Währung gefährdet.

Pinays Einstellung zum Europagedanken war anderseits genau bekannt. Man wußte, daß er alle von Frankreich in den Römer Verträgen eingegangenen Verpflichtungen loyal einhalten wollte. Der Gemeinsame Markt ist zweifellos von Einwänden nicht frei, doch in seiner jetzigen Form stellt er einen der sichersten Versuche dar, die unheilvollen Spaltungen des Westens zu beseitigen. Schließlich hatte der ehemalige Finanzminister das Verdienst, einer der «atlantischsten» Politiker des Parlaments zu sein. Ohne sich gegen den französischen Besuch des sowjetischen Regierungschefs aufzulehnen, hält er die spektakulären Demonstrationen, mit denen Chruschtschew in Frankreich empfangen wird, für übertrieben. Man kann, ohne zu irren, behaupten, daß die französische Öffentlichkeit im großen ganzen entrüstet ist über die Triumphreise des Vertreters eines Regimes, das über Millionen von Menschen eine niederdrükkende Diktatur verhängt. So sehr der Mann von der Straße die Notwendigkeit eines Zusammentreffens der Staatsmänner zur Erörterung politischer Probleme einsieht, ist er doch über die lärmige Propaganda schockiert, die von einer Partei geboten wird, welche immer und überall die Feinde der Freiheit und der Menschenrechte unterstützt. Diesen Standpunkt teilt auch der Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet. So wünschenswert er auch die französisch-sowjetischen Aussprachen ansieht, verurteilt er dennoch die Gefälligkeiten, die Chruschtschew während seiner Reise zugestanden werden, denn es ist nur zu offensichtlich, daß — nach Guy Mollets Worten — der «außergewöhnliche Amateurkomödiant des Kremls» nicht verfehlen wird, daraus für sich und den Kommunismus Prestige zu ziehen. Mit den folgenden Worten geißelt er die skandalöse Apotheose, den die Machthaber Chruschtschew trotz aller Umgestaltung der Programme vorbereiten:

«Diese Reise durch Frankreich ist eine Dummheit. Noch nie hat ein Staatschef eine solche Reise durchgeführt, welche die Propaganda einer Partei begünstigt, in diesem Punkt halte ich unerschütterlich dafür, daß de Gaulle im Begriff ist, einen kapitalen Fehler zu begehen.»

Daß man mit einem Staatschef unterhandelt, finden wir normal: die Unterhandlung ist die Folge eines Kräfteverhältnisses. Es ist jedoch untragbar, daß diese Verhandlungen zur Verherrlichung des sowjetischen Regimes dienen. Der nationale Frontkämpferverband gab denn auch bekannt, daß er den Ehrungen fernbleiben will, welche dem Verantwortlichen einer Partei dargebracht werden, die in Frankreich «Demokratie, Freiheit und Vaterland» bedroht. Die katholische Kirchenleitung hat dem Klerus und

den Gläubigen vorgeschrieben, sich zwar jeder feindlichen Äußerung zu enthalten, dem «Verfolger der christlichen Religion» gegenüber sich jedoch reserviert zu verhalten. Ein halbes Hundert Schriftsteller, unter ihnen Gabriel Marcel, unterzeichnete eine Erklärung, die die Zwangsverschickung nach Korsika von annähernd achthundert Sozialisten, Gewerkschaftern und Journalisten anprangert, deren Schuld darin besteht, die blutige Unterdrückung in Budapest seinerzeit nicht gebilligt zu haben.

Es ist eine Tatsache, daß nach Deutschland Frankreich der nächste Nachbar des gehätschelten, mit Aufmerksamkeiten überschütteten Gastes ist. Die großartigen Empfänge, die für ihn gegeben werden, kommen, ob man will oder nicht, der fünften Kolonne zugute, von der niemand verkennt, daß sie der kommunistischen Durchdringung dieses Teils von Europa die Bahn öffnet. Eine gewisse Anzahl von Professoren, Intellektuellen und Industriellen jedoch stimmen in der Forderung überein, Rußland die Gebrauchsgüter, deren es ermangelt, zu liefern, denn auf diese Weise, glauben sie, gelange man zur Entspannung und vielleicht eines Tages zum wahren Frieden. Der Großindustrielle Marcel Boussac, der Tageszeitungen besitzt sowie einen angesehenen Rennstall, beglückwünscht sich zu der langen Aussprache, die er in Moskau mit Chruschtschew gehabt hat. Die einen wie die andern scheinen Lenins Bemerkung vergessen zu haben, der sagte, es werde in Europa immer Geschäftsleute geben, bereit, sich um den Auftrag der Seile zu streiten, mit denen die Kommunisten sie hängen werden.

Die kommunistische Durchdringung Afrikas

Einige verwundern sich, die Communauté, die General de Gaulle gegründet hat, sich auflösen zu sehen, ehe sie noch richtig bestanden hat. Es ist kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten, ohne ihre antikolonialistischen Prinzipien zu leugnen, von der Befreiungsbewegung beunruhigt sind, die ganz Afrika erfaßt und dem Kommunismus auf dem schwarzen Kontinent Tür und Tor öffnet. In der Tat gewahrt man, daß die von den ehemaligen Kolonisatoren aufgerichteten afrikanischen Einheiten auf dem Weg der Konzessionen abgebröckelt sind und im Begriff stehen, zu verschwinden. Senegal und Sudan, seit kurzem zur Mali-Föderation zusammengeschlossen, sind zur völligen Unabhängigkeit aufgestiegen[1]. Ebenso wird es bald in Madagaskar sein. Die Klugheit der in diesen Ländern regierenden Eliten, deren guten Willen und politische Einsicht man nicht genug anerkennen kann, erlaubte es, die blutigen Stammesabrechnungen zu vermeiden, denen man im belgischen Kongo, in Nordrhodesien und im Njassaland beiwohnt. Wie uns eine der angesehensten Persönlichkeiten Dakars auseinandersetzte, ist jedoch die Frage nicht mehr, ob die afrikanischen Staaten in der Communauté zu halten sind, sondern wie ihr Übergang zum Kommunismus aufzuhalten ist.

Man fragt sich mit Recht nach den Mitteln, die Gebiete des afrikanischen Westens umzugruppieren, deren Budgetausgaben zum größten Teil Frankreich trägt. Guinea übt auf diese Staaten eine starke Anziehung aus, genauer gesagt auf den Sudan, dessen Regierung enge, wo nicht freundschaftliche Beziehungen zum guineischen Regierungschef Sekou Touré unterhält. Dieser trat eben aus der Franc-Zone aus, um eine eigene Währung aufzustellen. Das Verbot des Kapitaltransfers, das er verhängt hat, gibt der guineischen Regierung die gewaltigen Summen in die Hände, welche Frankreich zur Ausbeutung des Aluminiums von Fria aufgewendet hat.

Der Islam, der im schwarzen Afrika in vollem Aufschwung steht, verfehlt nicht, die muselmanische Verwandtschaft der Stämme der panafrikanischen Bewegung nutzbar zu machen, zum Schaden selbstverständlich des Apostolats der christlichen Kirchen, deren Einfluß zurückgeht. Eine Art von Bündnis, demjenigen Ghanas und Guineas vom letzten Jahr entsprechend und mit engeren Wirtschaftsverbindungen,

[1] Vgl. Schweizer Monatshefte, September 1959, «Neue politische Gruppierungen in Afrika».

scheint somit für gewisse Länder von ehemals West- oder sogar Äquatorialafrika wahrscheinlich. Die letzteren sind dem Einfluß des britischen Nigeria ausgesetzt, einem weiten Gebiet von sechsunddreißig Millionen Einwohnern, das kurz vor der Unabhängigkeit steht.

Solche Annäherungen geschehen nicht gefahrlos, denn es ist noch nicht lange her, daß die Führer des Senegal sich zu Recht über den Honigmond zwischen Conakry und den Ländern der kommunistischen Sphäre beunruhigten. Die kürzliche Rundreise Sekou Tourés durch Rußland ließ ihn als Bürgen und Verbündeten der Sowjets im schwarzen Afrika erscheinen. Niemand wird sich somit verwundern, daß die afrikanischen Länder, die heute auf das große Abenteuer der Unabhängigkeit zugehen, sich von den spektakulären technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der UdSSR oder Rotchinas beeindrucken lassen. Deshalb suchen in Bamako ebenso gut wie in Conakry oder in Tananarive die extremen nationalistischen Parteien, die bereits nach dem Osten blicken, mit den beiden großen Volksdemokratien Beziehungen aufzunehmen, von denen sie Lehren für die eigene Entwicklung erhoffen.

Im Augenblick, da General de Gaulle ihn mit Pomp in Paris empfängt, kann sich der Chef der Sowjetunion zu den Ergebnissen seiner Afrikapolitik nur beglückwünschen. Rußland hat meisterhaft seine Rückkehr ins westliche Konzert durchgeführt. Die Vorurteile, mit denen es seit Jahren behaftet ist, haben sich nach und nach zerstreut. Moskau preist die «friedliche Koexistenz» und London wie Paris übernehmen dieses verführerische Thema, ohne daß die Einheit der atlantischen Mächte deswegen verstärkt wäre. Die unbequeme und gefahrvolle Lage der kontinentalen Länder erscheint in vollem Licht in der augenblicklichen Krise der NATO. Es wurde bekannt, daß Deutschland in Spanien Munitions- und Materialdepots, die zur atlantischen Verteidigung notwendig sind, anlegen wollte. An ihrer engsten Stelle mißt die Bundesrepublik in der Tat nur zweihundertfünfzig Kilometer. In sechs Stunden kann eine motorisierte, unvermittelt angreifende Armee vor Straßburg stehen. Ohne die nützliche Voraussicht der Bonner Regierung laufen somit alle deutschen Depots Gefahr, am ersten Kriegstag in die Hand des Feindes zu fallen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Bundesrepublik sind demnach voll und ganz gerechtfertigt, doch lösten sie den Zorn aller hochgestellten Sowjetophilen aus. Wer freilich in den letzten Jahren die häufigen Listen der russischen Propaganda nie zu durchschauen vermocht hat, für den ist Rußland eine unantastbare Macht, der leidet nicht, daß man Chruschtschew den geringsten Schmerz zufügt. Militärisch wie politisch häuft das atlantische Bündnis Widerspruch auf Widerspruch. Rußland dagegen hat leichtes Spiel. Wir fürchten, daß seine Leiter in diesen Tagen sich nur zu geschickt verhalten. Denn allein ihre Fehler können die notwendige Einheit des Westens, der heute gespalten ist, wiederherstellen.

Jean de Saint-Chamant

WOHIN GEHT DEUTSCHLAND?

In wenigen Wochen werden sich die Mächtigsten dieser Welt in Paris treffen, um sich über die Geschicke des geteilten Berlin und Deutschlands auseinanderzusetzen. Wohlgemerkt, das diplomatische Tauziehen — von einem Verhandeln im üblichen Sinn kann kaum die Rede sein — wird um das Schicksal der zerschnittenen ehemaligen deutschen Hauptstadt und des getrennten großen Landes und nicht um das Grundübel unserer Zeit, nämlich um das Problem des geteilten Europas, gehen. Schon darin liegt die Schwäche der westlichen Seite, die es leider unterlassen hat, die Sowjets fünfzehn

Jahre nach der Eroberung Ost- und Mitteleuropas zur Rechenschaft zu ziehen. Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Berliner im engeren und für die Deutschen im weiteren Sinne ist eine nicht zu unterschätzende Waffe in der Hand der Diplomatie des Westens. Aber wenn man gewillt ist, nur auf dem deutschen Territorium mit ihr zu fechten, verzichtet man von vornherein auf Vorteile, die man sich sonst leicht sichern könnte. Bei einer kompromißlosen Betrachtung der Dinge kommt man um die harte Wahrheit nicht herum, daß der Westen die in ihm immer noch steckende moralische, wirtschaftliche und politische Kraft unterschätzt und sich von einer vehementen Propaganda Sowjetrußlands beeindrucken ließ. Chruschtschew hat erreicht, was seine Vorgänger nicht zustande zu bringen vermochten, daß die Westmächte ihr diplomatisches Operationsfeld ohne triftige Gründe selbst in unglaublicher Weise auf ein Minimum eingeschränkt haben und dies drei Jahre nach der größten Krise, die das bolschewistische Imperium seit Beginn seiner Existenz durchmachte.

Wenn man sich über die Folgen der Ratlosigkeit, vor der der Westen, angesichts der ausgebrochenen osteuropäischen Revolution im Herbst 1956, stand, vollbewußt ist, so braucht dieses Gefühl doch nicht dazu zu führen, daß man plötzlich alle früheren grundsätzlichen Erklärungen zu dem Phänomen der Unfreiheit in Osteuropa vergessen läßt und so tut, als ob das Unrecht erst an der Oder oder am Brandenburger Tor beginnen würde. Man muß sich nämlich vorstellen, zu welchen neuen imperialistischen Ränken eine solche Wandlung der westlichen Politik die Kremlherrscher reizen muß.

Rache der eigenen Fehler

Es scheint, daß erst jetzt allmählich die Versäumnisse der früheren Jahre offenkundig werden. Sie sind zweifacher Natur. Die Westmächte haben einen fundamentalen Fehler begangen, als sie das Problem der kommunistischen Gefahr und der totalitären Herrschaft im Ostblock in zwei wenn nicht sogar in mehrere Schubfächer einsortierten. Nach dieser Methode handelnd hatten sie das sehr komplexe Problem gewissermaßen nach der juristischen Verjährung betrachtet. Haben die Völker der Sowjetunion ihre Freiheit früher verloren, so braucht man sich darüber nicht aufzuregen. Die Baltischen Staaten, welche erst später unter das Messer des Schlächters gerieten, wurden anfangs etwas großzügiger behandelt, aber inzwischen ebenfalls ad acta gelegt. Die osteuropäischen Vollsatelliten genossen eine Zeitlang eine Priorität in der Anerkennung ihres Freiheitsdranges. Die ostdeutsche Frage hat man merkwürdigerweise ebenfalls von der Gesamterscheinung des sowjetischen Imperialismus wiederum in eine andere Schublade einsortiert. Daraus mußten die Sowjets erkennen, daß sie es mit einem Gegner zu tun haben, der offensichtlich nicht imstande ist, eine globale Offensivpolitik gegen den Geist und die Praxis der Unfreiheit zu führen. Das verlockte sie dazu, schrittweise immer frecher zu werden, in der — wie es sich bald herausstellen sollte — durchaus richtigen Annahme, daß eine solche Taktik zu einem Erfolg führen wird. Und nun stehen wir vor der ungeheuerlichen Tatsache, daß in manchen Außenministerien des Westens bereits Vorstellungen entstehen, daß man an sich nur die Bundesrepublik noch einigermaßen behalten will und alles andere den Sowjets durchaus überlassen könnte, wenn sie sich nur damit zufrieden geben würden. Das ist die erste Folge einer Politik, die seit Jahren von der Hand in den Mund lebt und nicht imstande ist, die weltpolitischen Fragen in ihren größeren Zusammenhängen und weiteren Perspektiven zu sehen.

Das andere Schuldkonto geht auf die deutsche Politik zurück. Indem man jahrelang die Wiedervereinigung in den denkbar engsten nationalen Grenzen und Argumenten betrieb und sie zu einem absoluten Wert erhob, sind die eigentlichen Proportionen der Teilung Deutschlands aus der Sicht verschwunden. Mag sein, daß sich mancher deutsche Politiker im stillen dachte, die Aussicht auf die Wiedervereinigung seines Landes würde bei der Anwendung einer solchen national-geographischen Methode günstiger

sein als die Vermengung der deutschen Frage mit dem Gesamtkomplex der sowjetrussischen Tyrannei im besetzten Europa. Daß dies ebenfalls ein Trugschluß gewesen ist, kann jetzt nachträglich konstruiert werden.

Die Besonderheit der Teilung Deutschlands

Manchmal hat man den Eindruck, daß nicht nur ein Durchschnittsdeutscher, sondern auch Angehörige der politisch denkenden Elite sich die Teilung ihres Vaterlandes in den Kategorien der politischen Überlieferungen des 19. Jahrhunderts vorstellen. Das äußerste, was man in Deutschland tut, ist, die Teilung des eigenen Landes mit derjenigen Polens zu vergleichen, wobei natürlich diese Parallele überhaupt nicht stimmt. Denn die Besatzungsmächte in dem geteilten Polen haben 120 Jahre lang die souveränen Rechte an sich gerissen, während in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung westlich der Elbe seit Jahren eine volle Souveränität genießt und die Minderheit östlich der Elbe ein Maß von politischen Freiheiten besitzt, die fast allen osteuropäischen Völkern — vielleicht mit Ausnahme der Großrussen — gegeben sind. Aber das ist eine Frage von zweitrangiger Bedeutung. Grundsätzlich kann die Teilung Polens und diejenige Deutschlands nicht auf einen Nenner gebracht werden, weil die drei Großmächte, die das polnische Königreich unter sich aufteilten, ungeachtet der oft beträchtlichen Abweichungen, die zwischen der zaristischen Autokratie Rußlands und dem konstitutionellen Kaisertum der Donau-Monarchie zu finden waren, im wesentlichen das gleiche System und die gleiche Ideologie vertraten. Das geteilte Deutschland befindet sich dagegen in einer grundsätzlich extremen Situation, weil auf seinem Territorium sich zwei Systeme gegenüberstehen, zwischen denen es zwar Zeitperioden eines politischen Waffenstillstandes, aber nie einen richtigen Frieden geben kann. Denn würde sich die Sowjetunion auf eine tatsächliche und nicht propagandistische Koexistenz seines einparteilichen totalitären Systems mit der pluralistischen Demokratie des Westens einlassen, so würden die Tage des Sowjetkommunismus und seiner Abwandlungen in Europa und in Asien gezählt sein. Das sind zweifellos Wahrheiten, die hier zum Besten gegeben werden, aber manchmal ist es doch ratsam, auch die einfache Wahrheit zu wiederholen, besonders wenn man hie und da Neigungen beobachtet, mit konstruierten Plänen und Konzeptionen vor der harten Wirklichkeit fliehen zu wollen.

Befürchtungen über die Haltung Großbritanniens

Es wäre töricht, wenn irgendwo in den diplomatischen Kanzleien in Europa oder in Übersee der Drang der sowjetrussischen Expansion nach dem Westen mit den Kriterien der klassischen Diplomatie beurteilt werden würde.

Sollten in den Köpfen der britischen Diplomaten die überlieferten Grundsätze von dem durch die wirtschaftliche und militärische Erstarkung der Bundesrepublik angeblich gestörten Gleichgewicht der Kräfte herumspuken, so würden sich daraus für das sowjetrussische Spiel um Europa ungeahnte Möglichkeiten eröffnen. Denn wenn den Presseorganen Lord Beaverbrooks und den Autoren der Kassandrarufe das Rüstzeug zur tieferen Ergründung unseres Zeitproblems fehlt, das nicht in den Gefahren in den sich ähnelnden Potenzen der einzelnen Partner der westlichen Allianz, sondern allein und ausschließlich in der Auseinandersetzung mit dem totalitären Kommunismus und seinem Führungsanspruch in der ganzen Welt und folglich in der Stärke oder Schwäche der Sowjetunion liegt, so müßten diese simplen Wahrheiten der britischen Diplomatie allmählich bekannt sein. Mag sein, daß die deutschen Befürchtungen über die heutige und die künftige Politik Großbritanniens durch die in diesem Land immer noch vorherrschenden Überbleibsel der Auffassungen von dem «perfiden Albion» als übertrieben genannt werden können, so dürften sie doch angesichts mancher Erscheinungen nicht ganz abwegig sein. Die geistig-politische Haltung der zahlen- und einflußmäßig nicht geringen Kräfte innerhalb der Labour-Partei, welche die Auf-

rüstung der deutschen Armee mit den Raketenwaffen als eine tödliche Gefahr, das Vorhandensein der ballistischen Zerstörungswaffen in der Hand Moskaus als eine — man könnte beinahe sagen — Garantie des internationalen Friedens ansehen, so muß irgend etwas in unserer Welt nicht mehr stimmen. Und wenn man sich vergegenwärtigt, wie oft britische Politiker, Geschäftsleute und Intellektuelle in den Amtskanzleien des kommunistischen Ostberlins gerade in der Zeit der von Chruschtschew angezettelten Offensive gegen Berlin und damit gegen Europa antichambriert hatten, so werden die schwachen Nahtstellen im westlichen Bündnis noch offenkundiger.

Welch eine Kurzsichtigkeit offenbart sich den Augen des Beobachters, wenn ausgerechnet die britische Linke, die bei der Emanzipierung der kolonialen Völker große Verdienste geleistet hat und dadurch den Groll der ehemaligen Kolonien gegen die westliche Welt rechtzeitig vermeiden konnte, jetzt aber sich angesichts des russischen Imperialismus völlig indolent gebärdet, so muß man das aufs tiefste bedauern.

Berlin als Vormarsch-Etappe

Man soll sich nicht täuschen, daß Chruschtschew mit seinem konsequenten Vorgehen gegen Berlin nur die für ihn komplizierte Situation bereinigen will, um sich dann als Friedensapostel in die Zeit der Koexistenz mit dem Westen zu stürzen. Berlin ist für die Sowjetunion nur eine Etappe auf dem weiteren Vormarsch zum Atlantik und zu den britischen Inseln. Als die Rote Armee im Jahre 1920 vor den Toren Warschaus stand, lautete die Parole Tuchatschewskys und Bodjonnys: «Her mit Warschau, her mit Berlin — über Deutschland nach Frankreich!» Heute stehen die Sowjettruppen vor den Toren Lübecks, Frankfurts und Münchens. Weimar, Jena, Greifswald, Dresden, alles Städte, die in dem Kulturbild des Durchschnittseuropäers doch bleibende Positionen sind, liegen ja — das muß mit aller Deutlichkeit immer wieder gesagt werden — im Ostblock. Die deutschen Kinder lernen Russisch als Pflichtfach. Die Künste des englischen und französischen verschwinden von Jahr zu Jahr. In Mecklenburg, das seit Jahrhunderten als das traditionelle Agrarland mit mitteleuropäischen Besitz- und Strukturverhältnissen bekannt war, wurde im Frühjahr 1960 die hundertprozentige Kollektivierung abgeschlossen. Man stelle sich einmal vor, daß vielleicht in einem Jahr im östlichen Teil Deutschlands keine einzige Hektare Privatboden mehr übrigbleiben wird und sich von der Ostsee bis zum Erzgebirge Kolchose an Kolchose nach russischer Art aneinanderreihen.

Aber gehen wir weiter. Deutschland war seit Lenin als das Land der Sehnsucht des Kommunismus und als Sprungbrett für eine Weltrevolution im Westen angesehen. Daß die revolutionären Pläne der Spartakus-Leute, die Versuche der Kommunisten und der linken Sozialdemokraten zur Bildung von Räterepubliken in Bayern und in Sachsen Anfang der zwanziger Jahre scheiterten, wurde im Kreml als ein internationales und beinahe ein nationales Unglück empfunden. Chruschtschew ist ein fanatischer Leninist. Seine Affinität gegenüber dem industrialisierten Ostdeutschland Ulbrichts ist kein Märchen, sondern eine Tatsache. In Frankreich gibt es zwar zur Zeit relativ stabile Verhältnisse, aber die Sukzession der politischen Macht de Gaulles ist nicht rückversichert. Und Frankreich hat eine mächtige kommunistische Partei. Und zwischen dem kommunistischen Deutschland mit den Sowjetarmeen und diesem Frankreich mit der großen kommunistischen Partei liegt ein Brückenkopf, der bisher gegen alle Gelüste, Drohungen, Beschimpfungen und Versuchungen immun geblieben ist, die Bundesrepublik. Um das Banner der Weltrevolution weiter zu tragen, muß diese Bundesrepublik so oder so zerstört werden. Das ist ebenfalls eine simple Wahrheit, an die man vor der Pariser Gipfelkonferenz erinnern muß.

Deutschland so oder so

Der westdeutsche Staat war und ist bisher das subalternste und treueste Glied in der NATO-Allianz. Aber die Deutschen ver-

binden mit diesem Bündnis gewisse feste Wünsche und Vorstellungen. Sie möchten vor allem nicht im Stich gelassen werden und nicht plötzlich gegenüber dem östlichen Koloß allein und machtlos dastehen. Die Entwicklung, welche die Außenpolitik des Westens seit der Genfer Außenministerkonferenz und seit dem Rendezvous in Camp David durchmachte, hat die Deutschen bisher in ihrer Treue zu den eingegangenen Bündnissen nicht erschüttert. Aber diese Situation kann sich eines Tages ändern. Vergessen wir nicht, daß die Demokratie in der Bundesrepublik eine relativ junge Pflanze ist. Sie wurde in der Zeit des beginnenden kalten Krieges hochgezüchtet. Man hat ihr schon deshalb ein Aufblühen im Klima einer kompromißlosen Haltung gegenüber der kommunistischen Macht versprochen. Die Sukzession der weitgehend auf den persönlichen Verdiensten, der Autorität und dem klaren politischen Verstand Adenauers beruhenden westdeutschen Demokratie ist ebenfalls nicht vorauszusehen. Das sind alles Komponenten, die man im Hinblick auf die Schlüsselstellung Deutschlands gegenüber dem russischen Drängen nach dem Westen in der Zeit der letzten Vorbereitungen zum Gipfeltreffen in Paris sehr ernst in Erwägung ziehen muß. Denn sollte dieses Deutschland eines Tages den Eindruck haben, daß man es im Stich gelassen hat, so könnten sich daraus Konsequenzen ergeben, an die man im Augenblick entweder aus Naivität oder aus Feigheit nicht denken will. Die Allianz der Bundesrepublik mit dem Westen kann natürlich nicht als eine Vorliebe angesehen werden. Sie ist ein Bündnis aus Not und Vernunft. Wenn diese beiden Merkmale schwinden sollten, was bleibt dann noch von den Elementen, mit denen man Deutschland bei der Stange halten könnte? Die Rückkehr zur Besatzungspolitik? Eine solche Wendung scheidet aus den ernsten Betrachtungen automatisch aus. Und die Sowjetunion, die bereits drei Viertel Europas kontrolliert, würde in einem solchen Falle das schmale Land zwischen der Elbe und dem Rhein erdrücken, so daß sich hier kein militärischer, politischer und moralischer Widerstand auf lange Sicht behaupten könnte.

Deutschland hat in der europäischen Politik sehr verschiedene Rollen gespielt. Dies trifft auch für die Gestaltung der russischen Europa-Politik zu. Denn es ist nicht nur das Land, das zweimal einen Krieg gegen Rußland führte, es ist auch ein Land des Tauroggen-, Rapallo- und Hitler-Stalin-Bündnisses. Man soll die jetzt ruhenden Kräfte der deutschen politisch-geistigen Russophilie nicht ganz außer Betracht lassen. Aber unter den gegebenen Verhältnissen könnten sich diese historischen Kräfte regenerieren, und wenn es zu einem Vertrauensbruch zwischen dem Westen und der Bundesrepublik kommen würde, so würden sich neue Chancen für die breitere Basis einer solchen prorussischen Orientierung ergeben. Noch ist es nicht so weit und wir wollen hoffen, daß es dazu nie mehr kommen wird. Aber in der gegenwärtigen labilen Situation ist es wohl die Pflicht der Europäer, vor katastrophalen Kurzschlüssen und verheerenden Entscheidungen zu warnen.

Alexander Korab

KUBANISCHES ABENTEUER

Es ist etwas still geworden um Fidel Castros Versuch, eine Konferenz aller unterentwickelten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf die Beine zu bringen, seitdem sich der bärtige Diktator Kubas diesbezüglich ausgerechnet in seinem eigenen Erdteil so viele Absagen geholt hat. Nichts zeigt deutlicher, wie sehr dieser noch vor wenig mehr als Jahresfrist in aller Welt so gefeierte angebliche Freiheitsheld inzwischen durch eigene Schuld im Kurs gefallen ist. Heute blicken die westliche Welt und vor allem

Kubas Nachbarn im Norden und Süden mit wachem Mißtrauen auf den jungen Rebellenführer, von dem man sich das Ende einer Serie kubanischer Diktaturen erhofft hatte und den man anfänglich aus diesem Grunde nicht ungern als Nachfolger Fulgencio Batistas sah. Aber die Hoffnung trog, und es erwies sich alsbald, daß auf Kuba nicht etwa die Demokratie, sondern nur ein neues, reichlich blutiges Gewaltregime gesiegt hatte. Die Folgen zeichnen sich bereits ab: wirtschaftliches Chaos. Und das endgültige Erbe dieses Wirrwarrs droht über kurz oder lang der Kommunismus anzutreten.

Revolution ins Blaue hinein

Die verhältnismäßig junge Geschichte der erst 1898 selbständig gewordenen Republik Kuba ist ausgefüllt mit Revolutionen und Militärputschen südamerikanischen Stils. Wenn auch ihre seit der Jahrhundertwende bereits vier- oder fünfmal geänderte Verfassung Wahlen und ein parlamentarisches Regierungssystem vorsieht, kam sie praktisch dennoch aus dem Zustand der Diktatur kaum je heraus. Der Ruf nach Freiheit war daher auf Kuba stets sehr laut. Auch die «Bewegung des 26. Juli», wie die Aufständischen um den jungen Rechtsanwalt Fidel Castro sich nannten, hatte diesen Ruf auf ihre Fahnen geschrieben. Den Ausgangspunkt bildete eine Studentenrevolte, aussichtslos, wie es zunächst schien, aber wegen eben dieser scheinbaren Aussichtslosigkeit mit dem Nimbus rührenden Heldentums umgeben. Das war zwar durchaus romantisch, doch gab es schon damals Leute, die sich mehr für ein hieb- und stichfestes Programm interessiert hätten. Aber besaß denn Castro überhaupt jemals ein ernstzunehmendes Programm außer dem einen, die Diktatur Batistas hinwegzufegen und durch «etwas Neues» zu ersetzen?

Erst nach dem Sieg der «Fidelistas» stellte sich heraus, daß man so gar nicht wußte, was man eigentlich wollte, und daß man vor allem keine Ahnung hatte, wie es nun weitergehen solle und wie man es besser machen könne. Also machte man es beinahe zwangsläufig schlechter. Bisweilen hatte es den Anschein, als lasse man die Maschinenpistolen der Hinrichtungspelotons nur darum so laut sprechen, weil man selber eigentlich nichts Rechtes mehr zu sagen wußte, und als demonstriere man nur darum so selbstmörderisch gegen die Amerikaner, weil es gegen Batista nun nichts mehr zu demonstrieren gab.

Geistige Anleihen

Es war ganz offenbar der Mangel an eigenen Ideen, die Castro zwangen, Umschau zu halten und geistige Anleihen zu machen. Er machte sie bei den Kommunisten. Bodenreform und Industrialisierung — das sind Parolen, die bei einem teilweise in bitterster Armut lebenden Publikum immer ziehen. Was nachher kommt, darüber pflegen sich die Massen vorher keine Gedanken zu machen. Man enteignete also Grundbesitzer und gab den Boden an Plantagenarbeiter und kleine Bauern. Dieses Verfahren hatte sich in den heutigen «Volksdemokratien» Osteuropas schon einmal im kommunistischen Sinne bewährt: die vielen neuen kleinen Bodenbesitzer drohten bald teils unter echten, teils unter von der Regierung künstlich hervorgerufenen Schwierigkeiten zu ersticken, und dieser Umstand machte sie schneller reif für die Kollektivierung. Die gleiche Entwicklung zeichnet sich heute auch schon in Kuba ab. Auch dort geht bereits das Gespenst künftiger Kollektiv- und Staatsgüter um.

Mit der angekündigten Industrialisierung ist es einstweilen vollends nichts, denn dazu gehört Geld und Erfahrung. Bisher waren die Amerikaner die einzigen, die Geld ins Land gebracht und auch einiges in das bißchen bereits vorhandene Industrie gesteckt hatten. Niemand kann es ihnen verübeln, wenn sie unter den gegenwärtigen amerikafeindlichen Verhältnissen in dieser Beziehung äußerst zurückhaltend geworden sind. Castros Staat selbst aber besitzt nichts und mußte bereits zu dem Mittel unpopulärer Steuererhöhungen greifen, um sich notdürftig über Wasser zu halten.

Kommunisten überall

Dafür bot sich dem Diktator ein neuer Bundesgenosse in Gestalt der Kommunisten an. Ihre Partei war 1924 als «Sozialistische Volkspartei Kubas» gegründet worden. Bis zu seiner ersten Verbannung 1944 hatte sie auch Batista und sein Regime unterstützt. Bald nachdem er jedoch im März 1952 zum zweitenmal an die Macht gelangte, brach er die diplomatischen Beziehungen zu Moskau ab und verbot im Oktober 1953 auch die KP Kubas. Die Kommunisten gingen in den Untergrund, es scheint aber, daß sie den Castro-Rebellen während ihres Kampfes um die Macht entscheidende Hilfe leisteten.

Castro zeigte sich dankbar und hob das KP-Verbot sofort auf, nachdem er Herr auf Kuba geworden war. Da seine eigene Bewegung für sich die Bezeichnung als Partei ablehnt, alle anderen Parteien aber unterdrückt wurden und verschwanden, ist die KP, die heute allerdings nur etwa 12 000 eingeschriebene Mitglieder zählt, somit derzeit die einzige politische Partei Kubas. Castro selbst geriet sehr bald in den Geruch des verkappten Kommunismus oder doch zumindest einer verdächtigen Kommunistenfreundlichkeit. Dies kostete ihn zahlreiche Sympathien innerhalb und außerhalb seines Landes. In seiner beispiellosen politischen Unbekümmertheit glaubte er jedoch, leichten Herzens darauf verzichten zu können. Zu allem Überfluß entwertete er seine anfängliche Distanzierung vom Kommunismus schon frühzeitig durch seltsam ungezügelte außenpolitische Erklärungen, die ihn in eine unverkennbare geistige Nachbarschaft zu den Kommunisten rückten.

Heute ist Castros engste Umgebung bereits in ähnlichem Maße von Kommunisten durchsetzt wie etwa die tschechoslowakische Regierung kurz vor dem kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948. Sein eigener Bruder Raul, Chef der kubanischen Geheimpolizei, gilt seit langem als überzeugter Kommunist. Das gleiche gilt von Arbeitsminister Martinez. An der Spitze der kubanischen Gewerkschaften steht heute Lazaro Pena, der als Kommunist unter Batista außer Landes gehen mußte und bis 1959 in der CSR gelebt hatte. Er fungiert gleichzeitig als Vizepräsident des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes. Kommunisten sind auch der Leiter des Staatlichen Instituts für Bodenreform, Antonio Nunez Jiminez, sowie der aus Argentinien stammende Wirtschaftsminister Ernesto Guevara, der als Castros rechte Hand gilt und von einigen Beobachtern bereits als künftiger kubanischer Botschafter in Moskau genannt wird, wenn es, was wohl in Bälde zu erwarten steht, zur Wiederaufnahme der offiziellen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion kommen sollte.

Zucker- und andere Sorgen

Inoffiziell freilich sind diese Beziehungen bereits in vollstem Schwange, wie der kürzliche Besuch Mikojans bewies, dessen vordergründiges Ergebnis ein ebenso bejubeltes wie fragwürdiges Zucker-Abkommen war. In Wirklichkeit ist nämlich dieses Zucker-Geschäft bei weitem nicht so süß, wie es aussehen möchte. Seit Castros Machtübernahme sitzt Kuba auf einem großen Teil seines Zuckers, da Spanien und einige andere alte Kunden das neue Regime wirtschaftlich boykottieren. Größter Kunde sind bisher immer noch die USA, die jährlich 3 Millionen t abnehmen — trotz aller außenpolitischen und sonstigen Rüpeleien Castros. Kuba aber lebt in erster Linie vom Zucker- und in zweiter vom Zigarren-Export. Insofern wäre Mikojans Abkommen, wonach die Sowjetunion sich für fünf Jahre zur Abnahme von jährlich 1 Million t verpflichtet, immerhin ein leidlicher Trost. Aber dieses Abkommen besitzt allerlei Pferdefüße. Erstens produziert die Sowjetunion selbst genügend Zucker, um ihren eigenen Bedarf hinreichend zu decken, so daß bereits befürchtet wird, sie werde den von Kuba gekauften Zucker, ähnlich wie die CSR es einst mit Nassers Baumwolle tat, auf dem Weltmarkt verschleudern und damit zum Schaden Kubas den Zucker-Weltmarktpreis unterminieren. Zweitens bezahlt Moskau ohnehin nur 2,78 cts. pro lb, während der augenblickliche Weltmarktpreis 3,08 cts. beträgt und die Amerikaner bisher sogar 5 bis 6 cts. bezahlt hatten. Drittens bezahlen die Sowjets auch diesen heruntergehandelten

Preis nur zu einem Fünftel in bar, den Rest muß Kuba in Gestalt von veralteten Flugzeugen und anderen Sowjeterzeugnissen entgegennehmen. Die Frage ist somit nicht ganz unberechtigt, wer hier eigentlich ein «Geschäft» gemacht hat.

Aber noch eine andere Frage dürften sich heute schon viele Kubaner insgeheim vorlegen: ob es nicht ein sehr zweifelhaftes Abenteuer ist, auf das sie sich einließen, als sie dem Ruf Fidel Castros folgten. Zu ihren Sorgen tragen nicht nur die gefährlichen Bubenstreiche bei, die sich die «Fidelistas» als bewaffnete Invasoren in der benachbarten Dominikanischen Republik sowie in den mittelamerikanischen Staaten Nicaragua und Panama leisteten und die unter Umständen zu ernsten Konflikten hätten führen können, sondern auch die 40 000 auf Kuba lebenden Chinesen, unter denen in jüngster Zeit eine auffallend lebhafte, von der Pekinger Botschaft in Havanna ausgehende kommunistische Propagandatätigkeit festzustellen ist, gegen die Castro nicht das geringste unternimmt.

Die kubanischen Kommunisten haben warten gelernt. Ihre Partei, an deren Spitze als Generalsekretär Blas Roca und als Parteivorsitzender Juan Marinello stehen, ist zwar ihrem Mitgliederstand nach im Augenblick klein und unscheinbar. Aber die Geschichte kommunistischer Machtergreifungen während der letzten vier Jahrzehnte hat gezeigt, daß für die Kommunisten nicht ihre Mitglieder-, ja nicht einmal ihre Mitläuferzahl entscheidend ist, sondern allein die Gunst politisch und wirtschaftlich zerrütteter Verhältnisse und die Unterstützung durch sogenannte — wie der italienische KP-Führer Togliatti sie einmal nannte — «nützliche Idioten». Wenn es in Fidel Castros neuem Staat so weiter geht, wie bisher, dann allerdings steht zu befürchten, daß Kubas Kommunisten nicht mehr allzu lange zu warten brauchen.

Franz Theodor Zölch

INNENPOLITISCHE TAGESFRAGEN

Die Schweiz in der Freihandelsassoziation

Die eidg. Räte haben den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Freihandelsassoziation gutgeheißen. Daß sie es tun würden, bestand nie der geringste Zweifel. Seit sich die heutige Konstellation herausgebildet hat, konnte man mit aller Sicherheit mit einem nahezu einstimmigen Beschluß rechnen. Dies und die Tatsache, daß der Vertrag zwischen den «Sieben» rasch und reibungslos zustande gekommen ist, zeigt, wie sehr sich dieser Weg als der notwendige und richtige aufdrängte. Die Gefahr der zollmäßigen Diskriminierung durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, nachdem diese einmal aus der Zusammenarbeit in der OECE in den Aufbau eines isolierten Kleineuropa ausgebrochen war, war zu groß, als daß die bedrohten übrigen OECE-Mitglieder hätten passiv bleiben können, und die gemeinsame Abwehr drängte sich offenkundig auf.

Ein Vergleich mit der Schaffung der EWG liegt nahe. Diese verdankt ihr Entstehen dem am Widerstand der französischen Kammer erfolgten Scheitern der Bemühungen um einen engeren außenpolitischen und militärischen Zusammenschluß in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Nach einigen Monaten der Verwirrung und Ratlosigkeit beschloß man dann, es nun «über die Wirtschaft» zu probieren, in der Meinung, dem wirtschaftlichen Zusammenschluß werde der politische zwangsläufig folgen müssen. Dabei haben die *Außenminister* den wirtschaftlichen Zusammenschluß beschlossen und bis anhin vorwärts getrieben. Die *Wirtschaftsminister* wurden übergangen, und die Wirtschaft der beteiligten Staaten wurde weder befragt noch auch nur orientiert. Die Entstehung der Freihandelsassoziation war gradliniger. Sie erstrebt wirtschaftliche Ziele mit wirtschaftlichen Mitteln.

Versucht man, die beiden Blöcke unter dem Gesichtspunkt der innern Gesundheit zu vergleichen, so schneidet die Freihandelsassoziation besser ab. Die EWG wurde im Husarenritt geschaffen. Die Ausarbeitung des Vertrages erfolgte höchst geheim. Den Parlamenten und der Öffentlichkeit ließ man keine Zeit sich zu besinnen. Höchst wahrscheinlich haben beispielsweise nicht alle Mitglieder des deutschen Bundestages am Tage der Ratifikation den Vertragstext besessen, und man kann auch ohne Übertreibung behaupten, daß auch die Mitglieder der vorberatenden Kommission nicht die Zeit hatten, ihn mit Sorgfalt zu studieren und sich eine fundierte Meinung zu bilden. Ähnlich ging es in Italien und den Beneluxstaaten zu. Demgegenüber wurde der Vertrag der Freihandelsassoziation im ordentlichen Verfahren geschaffen und ohne Überrumpelung der Parlamente ratifiziert.

Die Freihandelsassoziation besteht — mit einer gewissen Ausnahme bei Portugal — aus Staaten, die innerlich konsolidiert sind und in denen die Demokratie echt ist und spielt. Von den drei großen Trägern der EWG besitzt der eine noch keinen Friedensvertrag mit allen einstigen Kriegsgegnern und steht vor dem ungeheuer spannungsgeladenen Problem der Wiedervereinigung. Der zweite ist heute eine Präsidialdemokratie von noch nicht gewonnener Stabilität. Im dritten will das parlamentarische System, bedrängt von den Parteibürokratien, nicht recht funktionieren. Äußere Größe und innere Gesundheit laufen also nicht parallel.

Ungeheuer sind die Unterschiede der innern Struktur der beiden Blöcke. Die Freihandelsassoziation ist ein Vertragswerk gleichberechtigter Staaten. Abgesehen von reinen Interpretations- und Durchführungsfragen, benötigen alle Beschlüsse der Einstimmigkeit. Österreichs Stimme wiegt so viel wie die Großbritanniens, die Stimme Portugals so viel wie die Schwedens oder der Schweiz. Demgegenüber ist das Stimmenverhältnis in der EWG so geordnet, daß der Einfluß der Kleinen minim ist. Das gilt für den Rat der Minister wie auch für die Parlamentarische Versammlung. Diese letztere hat bloß beratende Funktion. Die Gesetzgebung, d. h. der Erlaß von Ausführungsvorschriften zum Vertrag, ist in nicht sehr klarer Weise zwischen dem Rat der Minister und der Verwaltungsspitze, der «Kommission», aufgeteilt. Das Schwergewicht der Macht liegt bei der übernationalen Bürokratie. Eine wirkliche parlamentarische Kontrolle besteht nicht.

Diese mit der schweizerischen Referendumsdemokratie, aber auch einer echten parlamentarischen Demokratie völlig unvereinbare Machtverteilung und der für unsere Verhältnisse nicht passende gemeinsame Außen-Zolltarif sind es, die es völlig ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die Schweiz der EWG beitritt *oder beitreten wird.* Die gelegentlich zu hörende Meinung, man probiere es nun einmal mit der Freihandelsassoziation, und wenn der «Brückenschlag» nicht gelinge, so werde man doch noch den individuellen Anschluß, möglichst unter Einräumung einer unsere Neutralität respektierenden Sonderstellung versuchen, ist irrig. Wenn sich die EWG nicht tiefgreifend in der Richtung eines Vertragsgebildes mit gleichberechtigten Partnern und ohne übernationale Instanzen entwickelt — und das wird sie nicht tun —, fällt ein Anschluß der Schweiz erst in Betracht, wenn ihr Volk bereit sein sollte, sich mit dem sukzessiven Ausverkauf ihrer direkten und föderalistischen Demokratie und ihrer Eigenstaatlichkeit abzufinden, und dieser Zeitpunkt wird schwerlich je kommen, auch nicht wenn wirtschaftliche Nachteile der Preis der Freiheit wären. Gelingt der Brückenschlag so, wie er heute erhofft wird, nicht, so wird es andere Wege als die des Anschlusses an die EWG gehen müssen.

Die heutigen Schwierigkeiten, das unverkennbare Gegeneinander der beiden Blöcke, ist auf einen vollständigen *Kurswechsel der EWG* zurückzuführen. Als der EWG-Vertrag ratifiziert wurde, wurde die Lage den Parlamenten, vor allem der Bundesrepublik und der Beneluxstaaten, so dargestellt, als ob der Wille zur Erweiterung durch eine die ganze OECE umfassende Freihandelszone eine Selbstverständlichkeit und eine Anwendung des gemeinsamen

Außentarifs gegen die OECE-Partner ausgeschlossen sei. In diesem Sinne nahm auch die «Kommission» Stellung. Erst am 15. Nov. 1958 kündete der Vertreter Frankreichs, damals auch innerhalb der EWG noch völlig isoliert, den Gedanken einer Freihandelszone auf. Seither hat sich die Kommission zur erklärten Feindin ihres eigenen früheren Programms entwickelt. Die Spaltung Europas in zwei sich befehdende Blöcke ist aber so unsinnig, daß doch wohl die Vernunft einmal wiederkommen wird. Heute besteht der Wille zum Brückenschlag bei der Freihandelsassoziation, nicht aber bei der EWG-Kommission.

So unerschütterlich ist die Front der EWG aber nicht. So wird in der Bundesrepublik die Auffassung vertreten, die Beschleunigung des Zollabbaues innerhalb der EWG und der raschere Übergang zum gemeinsamen Außentarif bedingten eine Vertragsänderung, die der *Ratifikation durch die Parlamente* bedürfe. Setzt sich dieser Standpunkt durch, so werden «brückenschlagsfreundliche» Kräfte, die bisher von der EWG-Kommission und dem Außenministerium als Luft behandelt worden sind, so Bundeswirtschaftsminister *Erhard* und die Verbände der deutschen Industrie und des Handels, zur Mitsprache kommen, zum großen Kummer der «Kommission». Auch der kühne und loyale Vorschlag der Ministerkonferenz der Freihandelsassoziation, daß sich EWG und EFA gegenseitig den Zollabbau auch zukommen lassen und ihn in der ersten Etappe auf alle übrigen Staaten ausdehnen sollten, bereitet der «Kommission» Schwierigkeiten, da er weit liberaler ist als ihre eigenen Pläne. So kann sich die Front vielleicht doch auflockern und hat jedenfalls die Freihandelsassoziation, wie dies auch Bundesrat *Wahlen* im Nationalrat betonte, Grund, mutig und initiativ voran zu gehen.

Um die Kontrolle der Mieten

Die Verhandlungen in den eidg. Räten über den wieder auf vier Jahre befristeten Verfassungszusatz über die Preis- und vor allem Mietenkontrolle haben mit einem Kompromiß geendet. Die Annahme des unveränderten Vorschlages des Bundesrates wäre die bessere und auch den Mietern zumutbare Lösung gewesen. Allein der Kompromiß liegt doch näher beim Vorschlag des Bundesrates als bei der bisherigen Regelung, stellt er doch klar, daß die Mietenkontrolle nicht nur gelockert werden kann, sondern gelockert werden *muß*. Dem Gesetzgeber ist der Weg zur Mieten*überwachung* an Stelle der bisherigen Kontrolle nicht versperrt. Das Ausführungsgesetz muß nun sehr rasch ausgearbeitet werden. Es stellt sich ihm die Aufgabe, den Überrest der Kriegswirtschaft, den die Mietenkontrolle darstellt, abzubauen, ohne einer Minderheit der Hauseigentümer — es ist vor allem an Ausländer im Ausland, die Miethäuser in der Schweiz besitzen, zu denken — zu erlauben, die vielerorts noch bestehende Mangellage auszunützen. Kompromißbereitschaft bestand auch auf der Seite der Linken, vor allem der Gewerkschaftsvertreter, teils sicher auch aus wirtschaftlicher Einsicht, teils weil der Kampf gegen die Vorlage sehr risikoreich gewesen wäre. Es wäre doch sehr unsicher gewesen, ob nach dem Ablauf des heute gültigen befristeten Verfassungszusatzes noch rechtzeitig ein dringlicher Beschluß und dann wieder nach einem Jahr ein neuer, der Linken gemäßer Verfassungszusatz unter Dach zu bringen gewesen wäre. Nun stellt sich für die nächsten vier Jahre die Aufgabe des geordneten Übergangs zur Freiheit.

Grundlegung in der Atompolitik

In der vergangenen Märzsession haben die eidg. Räte zwei atompolitische Vorlagen von großer Tragweite ohne Gegenstimme gutgeheißen. Durch die eine sind die Anlagen der Reaktor AG in Würenlingen an ein der ETH angeschlossenes Institut übertragen worden. Private Initiative hatte sie geschaffen, aber die Last wäre zu groß gewesen, sie weiter zu führen. Nun obliegt dem Bund die Verantwortung für die angewandte Forschung. Die zweite Vorlage regelt die Voraussetzungen und das Ausmaß der Hilfe, die der Bund beim Bau und Experimentalbetrieb von Versuchsleistungsreaktoren ge-

währt. Auch da hätte die Kraft der Privatwirtschaft nicht genügt. Vermutlich ist aber ihr Anteil größer als im Ausland, wo im Krieg die gesamte Forschung aus Staatsmitteln getragen wurde und die Energieerzeugung der Leistungsreaktoren mehr oder weniger eine wirtschaftliche Nebenfunktion neben der Deckung militärischer Bedürfnisse bildet. «Zusammenfassung der Kräfte» lautet die Bedingung für die Bundeshilfe. Es liegt nun an der Privatwirtschaft, die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Eine kürzliche Erklärung des Verwaltungsrates der von einigen Kraftwerken gegründeten Suisatom hat gezeigt, daß dort die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Industrie besteht. Die Voraussetzungen sind nun weitgehend geschaffen, daß die Schweiz den Anschluß sowohl mit Bezug auf die Ausbildung von Fachkräften als auch die Produktion von Material für Atomanlagen finden kann.

Wiedervereinigung beider Basel?

Es ist noch gar nicht lange her, daß die Frage eines vom Kanton Bern abzuspaltenden «Kanton Jura» die Gemüter erregte. Der Ständerat hat in der Märzsession nun einen Beschluß gefaßt, der den Weg zur Wiedervereinigung beider Basel offen hält. Die Bahn ist frei, eine einheitliche Verfassung für einen vereinten Kanton auszuarbeiten und in beiden Halbkantonen gutzuheißen. Dann wird die Reihe wieder am eidgenössischen Gesetzgeber sein. Rückschauend wird man feststellen dürfen, daß die einstige Trennung des Kantons Basel in Baselstadt und Basellandschaft wesentlich mitgeholfen hat, daß die Stadt Basel ihren betont *städtischen*, in ihrem Fall besonders stark humanistischen Charakter bewahren und entwickeln konnte. So hat sie ihren besonderen Beitrag an das geistige und politische Leben der Schweiz leisten können. Ihre Tradition und ihre Eigenart sind weniger von den Zuwanderern überflutet worden als anderswo. Diese Tradition und Eigenart sind nun aber so gefestigt, daß die Wiedervereinigung sie schwerlich gefährden würde. Die leidenschaftliche Ablehnung der Wiedervereinigung vor allem im stadtferneren Baselbiet zeigt anderseits, wie sehr Föderalismus und Bindung an den eigenen Kanton als das kleinere Vaterland lebendige Wirklichkeit sind.

Entschlossene Führung

Im Zeitalter der wirtschaftlichen Integration ist die Bedeutung des ohnehin wichtigen Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes noch gestiegen. Daß ein so hervorragender Mann wie Minister *Schaffner* die Handelsabteilung leitet, stellt einen Glücksfall dar. In der kurzen Zeit, da er dem Bundesrat angehört, hat aber auch der neue Vorsteher des Departementes, Bundesrat *Wahlen*, gezeigt, daß es ihm besser liegt, Entscheidungen zu treffen als sie zu erdauern. Den heiklen Entscheid über die Fernsehstudios hätte er ebenso gut seinem Nachfolger in seinem früheren Departement überlassen können, was seiner entschlußfreudigen Art aber offenbar nicht lag. Als er nach dem Zufallsentscheid der nationalrätlichen Kommission, in der Frage der Mietenkontrolle alles beim alten zu lassen, eine Pressekonferenz veranstaltete, um der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie die Mieten*überwachung* statt der Mietenkontrolle gedacht sei, schuf er nicht nur die bessere Möglichkeit, «en connaissance de cause» zu entscheiden, sondern zeigte auch mit größter Deutlichkeit, was die Meinung des Bundesrates sei. Vor allem hat aber seine Rede vor dem Nationalrat über die Freihandelsassoziation gezeigt, daß er entschlossen ist, nötigenfalls hart zu kämpfen. Was er im Hinblick auf das «GATT-Examen» des Stockholmer Vertrages der EWG zur Kenntnis brachte, ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Die Mitglieder der Freihandelsassoziation werden ja im GATT darüber Rede und Antwort stehen müssen, ob ihr Vertrag «GATT-konform» sei. Die EWG hatte nun den nicht sehr guten Geschmack, den der Freihandeslassoziation übermittelten Fragebogen mit kniffligen Fragen zu garnieren. Hierzu stellte Bundesrat Wahlen fest, daß die EWG ihren eigenen Vertrag nie einem Entscheid des GATT unterstellt und ihn, GATT hin oder her,

einfach zur Anwendung gebracht habe. Noch so kritische Bemerkungen gegenüber dem Assoziationsvertrag könnten aber unsere Entschlossenheit nicht beeinträchtigen, ihn ebenfalls in die Wirklichkeit umzusetzen. In der Tat ist der Assoziationsvertrag «GATT-konformer» als der EWG-Vertrag. Nachdem die EWG-Kommission mit ihrem Beschleunigungsplan der Freihandelsassoziation mehr oder weniger den Krieg erklärt hat, ist das und nicht schüchternes Argumentieren die richtige Sprache.

Ein Amt wartet auf einen Mann

Am 3. April findet im Kanton Zürich der zweite Gang der Ersatzwahl in den Ständerat statt. Wieder werden sich die Regierungsräte *Meierhans* und *Meier* gegenüberstehen. Meierhans ist Vorsteher des Baudepartementes und Sozialist, Meier Chef der Finanzen und Bauernparteiler. Beide sind Männer, die über den Durchschnitt hinausragen. Die politische Verärgerung der Christlichsozialen und die Tatsache, daß sich Regierungsrat Meierhans, früher von den Interessenten am Straßenbau heftig kritisiert, neuerdings unter den Automobilisten mehr Sympathien zu schaffen wußte, bilden die wichtigsten Ursachen dafür, daß Regierungsrat Meier nicht schon im ersten Gang gewählt worden ist. Wenn aber je ein Amt auf einen Mann wartete, dann der zweite Zürcher Ständeratssitz auf Regierungsrat Meier. Was er in die Hand nimmt, hebt er auf eine höhere Stufe. Sein Bildungsniveau, das er sich durch Selbststudium erworben hat, ist vielseitiger und fundierter als vieler, die die Hochschule besuchten, wovon seine Ansprachen Zeugnis ablegen. Ausgewogenheit des Charakters und praktischer Sinn prädestinieren ihn gleicherweise zum Standesvertreter. Die Wahl sollte hier nicht schwer fallen.

Helveticus

DIE WIRTSCHAFT VOR NEUEN HORIZONTEN

8. Wintertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum

Es lag nahe, die diesjährige Wintertagung der VfU einem Ausblick in das kommende Jahrzehnt zu widmen. Die zahlreicher als je erschienenen Teilnehmer — ca. 150 Unternehmer aus allen Gegenden der deutschen Schweiz und einige ausländische Gäste — erlebten indessen weit mehr als einige konventionell-unverbindliche Gedankenflüge in die stets ungewisse Zukunft; sie wohnten einer von Vortrag zu Vortrag zu einer einprägsamen Gesamtschau sich rundenden Veranstaltung bei, welche von vielen als Höhepunkt der bisherigen Tätigkeit der Vereinigung empfunden wurde. Es fällt schwer, die Fülle und Tiefe der dargelegten Gedanken auf gedrängtem Raum nachzuzeichnen, die «neuen Horizonte» — äußere wie innere — deutlich zu machen, welche den intensiv mitschwingenden Zuhörern im Verlaufe der Tagung vor Augen geführt wurden.

Die thematische «Neuheit» mochte dem einleitenden Referat von Fürsprech *O. Pernet*, Direktor der Vereinigung des schweizerischen Import- und Großhandels, zwar abgehen. Neu und überaus erfrischend war indessen die unkonventionelle Beurteilung der Stellung des *schweizerischen Unternehmers in der europäischen Wirtschaft*. Das Jahr 1960 bildet mit dem provisorischen Beitritt der Schweiz zum Gatt, der Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs und der Unterzeichnung der EFTA-Urkunde einen denkwürdigen Markstein in der Geschichte unserer Volkswirtschaft, dessen Auswirkungen noch weitgehend unvorhersehbar sind, teilweise aber auch noch nicht mit dem angebrachten Ernst bedacht werden. Die Anerkennung und Billigung der Gründe, welche für den Beitritt der Schweiz zur Kleinen Freihandelszone und gegen den Anschluß an den EWG-Block sprechen, dürfen nicht zu einseitig fixierter Haltung, zu negativistischer Kritik oder zu trügerischer

Hoffnung auf das Scheitern mißliebiger Entwicklungen verleiten. Völlig unangebracht wäre eine mit dem Hinweis auf die Unsicherheit der Zukunft entschuldigte Passivität des schweizerischen Unternehmertums. Dieses muß sich im Gegenteil durch bewußt geförderte Gespräche über die Grenzen in den im Gange befindlichen europäischen Integrationsprozeß einschalten. Dem aufrichtigen Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im «größeren» Europa werden sich schließlich auch die Wege zur Überwindung der gegenwärtigen Integrationskrise öffnen.

Nach dem Ausblick auf den vorläufig noch etwas verhängten europäischen Horizont folgte man mit lebhaftem Interesse dem Streifzug *J. C. Weilenmanns*, des Direktors der Knorr Nährmittel AG., in die *Zukunft der Absatzwirtschaft*. Ansteigendes Wachstum der Bevölkerung (man rechnet für die Schweiz des Jahres 2020 mit 10 Millionen Einwohnern) — soziale Umschichtung zugunsten der sogenannten breiten Masse — Steigerung des Konsumbedarfs — Verlagerung der Agrarwirtschaft nach Übersee — fortschreitende Verstädterung des schweizerischen Mittellandes — Verschärfung der Verkehrskalamität — vermehrte Freizeit als Folge der automatisierten Produktion — das sind, bei aller natürlicher Begrenztheit der menschlichen Vorstellungskraft, einige voraussehbare Daten, welche die zukünftige Absatzwirtschaft bestimmen werden. Ihre Folgen? Sie sind zum Teil heute schon sichtbar. So der Zug zum Supermarket und zum Shopping Center, in denen alle Bedürfnisse auf engem Raum in angenehmer Verkaufsatmosphäre gedeckt werden; oder die beginnende Rationalisierung des Verteilungsablaufs (z. B. gemeinsam organisierter Zustelldienst etc.). Generelle Absatzkrisen werden, wie die Arbeitslosigkeit, bald endgültig der Vergangenheit angehören, denn auch die Freizeit schafft neuen Verbrauch, der sich mehr und mehr zum Luxusverbrauch wandelt.

Weder Massenproduktion noch Massenverbrauch werden zur Uniformierung des Bedarfs führen. Der pittoreske «épicier du coin», das soignierte Spezialgeschäft — sie alle werden nach wie vor ihr Publikum finden, und das Warensortiment wird reichhaltiger und farbiger werden. Luxus, Mode, Kunst, Hobbies werden als Kompensationsfaktoren zur hastigen Geschäftigkeit unserer Zeit an Bedeutung zunehmen. Je weniger unser tägliches Leben eine Wirtschaftsfrage ist, desto mehr muß umgekehrt die Wirtschaft zur Lebensfrage gestaltet werden. Das bedeutet Abkehr vom rein ökonomischen Leistungsprinzip, von der heute noch überwerteten Preisfrage, bedeutet Chance für Qualität, Präsentation, Werbung, Goodwill-Chance für den Service-Gedanken. Der Konsument von morgen will verwöhnt sein; «Shopping» wird zur neuzeitlichen Lustbarkeit des kleinen Mannes. Deshalb bietet die Verfeinerung des Services der händlerischen Phantasie ein reiches Aktionsfeld. Horizontweitung und psychologische Schulung des Personals, Ergründung der individuellen Kundenwünsche, angenehme Verkaufsräume, persönliche Bedienung, großzügig-vertrauensvolle Kreditgewährung werden mehr und mehr zu vordergründigen Faktoren des Verkaufserfolgs — vor allem Dinge also, die der Welt der Unwägbarkeiten angehören und die der Absatzwirtschaft von morgen bei aller Dynamik die Zentrierung auf den Menschen bewahren werden.

«Wenn alles so bleiben soll, wie wir es uns wünschen, dann wird sich vieles ändern müssen!» Treffender hätte der bekannte Wirtschaftspublizist Dr. *H. Groß* (Düsseldorf) seine gedankensprühende Charakterisierung des *Unternehmers im kommenden Jahrzehnt* nicht einleiten können. Der Unternehmertyp der 60er Jahre baut seine wirtschaftliche Zukunft nicht auf allgemeine Konjunkturerwartungen, auch nicht auf betriebsinterne Produktionserwägungen auf, sondern er geht von offen oder latent vorhandenen Marktbedürfnissen aus. Er ist ein «Marketing-man», in dessen Vorstellungswelt die Fülle der produzierbaren Güter praktisch unbegrenzt ist und für den die Schaffung neuer Märkte sowie der Ersatz der knapper werdenden Faktoren Arbeit und Kapital durch den schöpferischen Geist (das prinzipiell unbeschränkt verfügbare «Hirnkapital») im Vordergrund des Interesses stehen. Mit dieser neuen Schwerpunktsbildung verbindet sich auf weltwirtschaftlicher Ebene eine Ab-

nahme des Auswanderungsdruckes in die Rohstoffländer, deren natürlicher Reichtum gegenüber dem Menschen- und damit Geistreichtum der Kulturstaaten an wirtschaftlicher Bedeutung abnimmt.

Die ständige Zunahme des entbehrlichen Verbrauchs macht Produktion von Nachfrage, Marketing, Ausweitung der Verbraucherschichten durch Entwicklung neuer Verbrauchsfunktionen zur Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums. Die Veränderung wird zur modernen Wirtschafts-«Konstanten» — auch bei der Markenwerbung («Persil 1959»). Luxusgüter wandeln sich zu Gebrauchsgütern, für alte Produkte müssen neue Verwendungszwecke gefunden werden, der ehemals stereotype Verkauf wird zum individuellen Service (der Büromaterial-Spezialist bildet sich zum Betriebsorganisator aus etc.). Die Notwendigkeit, Serienfabrikation mit differenzierten Kundenwünschen und sich wandelndem Bedarf in Einklang zu bringen, führt Produktion, Handel und Konsum immer enger zusammen. Aus dem ehemaligen Konkurrenten wird aus Rationalisierungsgründen ein Ergänzer: man «entrümpelt» sein eigenes Sortiment und übernimmt dazu das Sortiment der Konkurrenz. Sachkapitalbesitz tritt gegenüber dem «Marktbesitz» in den Hintergrund.

All dies erfordert freilich ein «neues Denken»; z. B. bezüglich des immer noch umstrittenen Unternehmergewinns. Ein großer Teil desselben wird für Zukunftskosten (technischer Fortschritt, Forschung, Ausbildung) benötigt. Die Einsicht in die Fruchtbarkeit vermehrten Aufwandes für Forschung und Schulung und die damit verbundene Hochschätzung der geistigen Leistung stellt nicht nur das unentbehrliche Instrumentarium unseres Strebens nach höherem Lebensstandard dar, sondern bildet auch die einzige dauerhafte Garantie für unser Bestehen im Kampf gegen die materialistische Bedrohung.

Über das *Managment in neuer Sicht* sprach Dr. *W. Berchtold*, Direktionspräsident der Swissair. «Neu» ist nicht etwa der Gegenstand — im Zentrum der Unternehmerproblematik steht je und je die Menschenführung — wohl aber die methodische Durchleuchtung des unternehmerischen Aufgabenbereichs in einer Lehre vom Managment, wie sie zum Beispiel in den vierwöchigen Kursen für «presidents» der «American Managment Association» entwickelt wird. Die Übernahme der Leitung einer Unternehmung kommt, wenn man vom traditionellen Fachberuf ausgeht, einem Berufswechsel gleich. Das Wesen des Managerberufes besteht darin, «Dinge durch andere Leute tun zu lassen». Diese typisch amerikanisch-lapidare Definition nimmt sofort greifbare Gestalt an, wenn man sich in die darin eingeschlossenen Einzelaufgaben vertieft. Wer Dinge durch andere tun lassen will, muß

— bestimmen, was diese anderen tun sollen;
— die geeigneten Mitarbeiter finden und ihnen ihre Aufgaben zuweisen;
— periodisch den Erfolg ihrer Arbeit prüfen;
— Mittel und Wege finden, wie sie ihre Pflichten noch besser bewältigen können.

Die Elemente der damit grob umrissenen Aufgabe des Managments sind Planung, Organisation, Kontrolle, Entscheidung und Führung. Planung ist nur auf der Grundlage einer «company philosophy» fruchtbar. Was will die Unternehmung sein, welches sind ihre obersten Richtlinien (Qualität oder Massenfertigung, maximale Rendite oder Geschäftsausweitung etc.)? Die Vorausplanung sollte jenen Zeitraum überbrücken, der notwendig ist, um weitsichtige Pläne sicher verwirklichen zu können. Der Erfolg der Planung hängt in hohem Maße von der Art und Weise ihres Zustandekommens ab. Der ganze Betrieb muß «planungsbewußt» werden, indem die Mitarbeiter in die Gesamtkonzeption eingeweiht, selbst mit der Ausarbeitung von Teilplänen betraut und über die Fortschritte der Planverwirklichung periodisch orientiert werden. — Durch die «Magnetwirkung» der gesteckten Ziele hat jede Planung nebenbei einen dämpfenden Einfluß auf Konjunkturausschläge.

Das wichtigste Element der Organisation (der funktionellen Gliederung der Unternehmung nach Maßgabe der jeweiligen Planziele) ist das Pflichtenheft der Mitarbeiter. Wenn es ein lebendiges Arbeitsinstrument sein soll, muß es vom betreffenden Inhaber selbst entworfen werden. Der Amerikaner

nennt diese im Kontakt mit Vorgesetzten und Kollegen zu lösende Aufgabe treffenderweise «job clarification». In der Praxis muß mit großen psychologischen Widerständen gerechnet werden, deren Gründe nicht selten in mangelhafter Übereinstimmung von Kompetenz- und Verantwortungsdelegation zu finden sind.

«People do what you inspect and not what you expect.» Die wirksame und gleichzeitig menschenwürdige Kontrolle beschäftigt sich mit dem Ergebnis, nicht mit der Ausführung der Arbeit. Klare Leistungsmaßstäbe («standards of performance»), unter Mitwirkung des Funktionsinhabers aufgestellt, ermöglichen eine weitgehende Selbstkontrolle, welche durch die Vorgesetztenbeurteilung lediglich ergänzt wird. Linie und Stab haben ihre abgegrenzten Kontrollgebiete. Jene ist für die Detailprüfung zuständig und hat allein direkte Anweisungs- und Eingriffsbefugnis; dieser wacht über die Einhaltung der generellen Richtlinien und bereitet gegebenenfalls neue vor. Niemals darf die Kontrolle das mit der Kompetenzdelegation untrennbar verbundene eigene Ermessen des Kontrollierten tangieren. Es gehört zu den «fruchtbaren Unkosten» freiheitlicher Führung, den Mitarbeiter an seinen eigenen Fehlern wachsen zu lassen und diese in der Regel nicht durch vorzeitiges Eingreifen zu verhindern. Nur dort rechtfertigt sich der Vorbehalt eigener Entscheidung durch das Top Managment, wo noch keine Richtlinien bestehen.

Nicht «Befehl, Gehorsam und Rüge» sind die Prinzipien der modernen Unternehmensführung, sondern «Leistungsanforderung, Ansporn, Ausbildung, fördernde Hilfe». Besinnung auf die leitenden Grundsätze des Managment — so beschloß Dr. Berchtold sein inspirierendes Referat — ist kein luxuriöser Selbstzweck des über seine Zeit souverän verfügenden Unternehmers, sondern steht im unmittelbaren Dienst an seiner sachlichen Aufgabe; denn «es ist für einen Manager unmöglich, ehrlich über seine Funktionen nachzudenken, ohne daß er diese nicht nachher besser macht».

Dem «forum internum» unternehmerischer Verantwortung waren nicht minder eindrückliche Vorträge gewidmet. *Léo du Pasquier*, Direktor der Appareillage Gardy S. A., Genf, entwickelte die Grundzüge einer modernen *Ethique industrielle*, die ebenso betriebsnah wie zugleich erfrischend in ihrer Skepsis gegenüber der materialistisch-technischen Denkart war. Die Ethik befaßt sich mit dem Menschen, und zwar mit dem ganzen Menschen in seiner physisch-intellektuellen (bemerkenswert die Verbindung der beiden Begriffe!), seiner seelischen und seiner geistigen Existenz. Wenn sie wirklichkeitsgerecht sein soll, muß sie heute das Problem der Masse in Rechnung stellen, das durch die «demographische Explosion», durch die rapide Zunahme der Kommunikationsmöglichkeiten und die machtpolitischen Gegebenheiten in den Vordergrund des Weltgeschehens gespült worden ist. Dieses bedrängende Problem kann aber nicht dadurch gelöst werden, daß man der einen Masse eine äquivalente andere Masse gegenüberstellt. Vielmehr ist es die eigentliche Aufgabe einer industriellen, einer europäischen Ethik, der Masse die Person, der Quantität die Qualität entgegenzuhalten.

Dies bedingt — nochmals fiel an der Tagung das bedeutsame Wort — eine grundlegende Wandlung des Denkens. Der analysierende Intellekt ist zwar fähig, durch «Demontage» die Voraussetzungen für die Konstruktion einer Maschine zu erarbeiten; die unternehmerische Hauptaufgabe liegt indessen heute nicht auf dem Felde der mechanischen Einsichten, sondern in der Pflege der schöpferischen Kräfte. «Le cœur a ses raisons que la raison ne connaît pas.» Dieser «Herz-Vernunft» gilt es in allen Belangen der Unternehmung zum Durchbruch zu verhelfen. Sie erfaßt das wirtschaftliche Geschehen nicht als ein quantitatives Auf und Ab, sondern als eine qualitative Bewegung, eine durch mancherlei irrationale Faktoren bestimmte Tendenz. Sie legt in der Forschung das Hauptgewicht auf die schöpferischen Persönlichkeiten, nicht auf ein Heer von gleichgeschalteten Spezialisten. Sie hat Vertrauen in den Einzelmenschen und in den Wert der Elitenbildung und läßt sich nicht durch Produktionszahlen und Großraumvorstellungen einschüchtern.

Als ganzer Mensch, der sich durch Aktivierung seiner seelischen und geistigen Kräfte die Fülle des Lebens neu zu erschließen weiß, kann der Unternehmer auch seinen Mitarbeitern in menschlicher Weise begegnen. Die von ihm gemeisterte «fonction d'auteur» sichert ihm die wahre Autorität im Betrieb, die auf den Befehl verzichten kann. Institutionelle Sozialvorkehren sinken herab auf den Rang selbstverständlicher Voraussetzungen für die Erfüllung der zentralen Chef-Aufgabe, welche in der menschlichen Förderung der Mitarbeiter besteht, und bei welcher Herz und Geist weit entscheidender als der Verstand beteiligt sind.

Oberstdivisionär Dr. *Edgar Schumacher* schließlich drang mit seinen meisterlich formulierten Betrachtungen über den *Mut zur Entscheidung* in den innerseelischen Kern unternehmerischer Problematik vor. In der «Entscheidung» begegnen sich menschliche Freiheit und universelle Notwendigkeit, tritt Inneres an die Außenwelt, verbindet sich der subjektive Wille mit dem Objektiven. Eine Entscheidung kann «gefällt», «getroffen» werden, sie kann aber auch «fallen», «sich einstellen». Das Doppelgesicht dieses Augenblicks, in welchem sich objektiv Zwingendes dem Persönlichen mehr oder weniger spürbar beigesellt, kommt in der alternativ formulierten, sagenumwobenen Entscheidung Cäsars am Rubikon zu sprachlich prägnantem Ausdruck: «jacta est alea» — «alea jacta esto». Ein geheimes Bündnis zwischen dem zutiefst innerlich Entschlossenen und den dem menschlichen Zugriff entzogenen Kräften wird in jeder echten Entscheidung spürbar. Unter dem Eindruck dieser Kräfte konnte Oliver Cromwell sagen: «Am weitesten gelangt, wer nicht weiß, wohin er geht», oder Kolumbus: «Selbst wenn die Küste noch nicht da wäre, so müßte sie jetzt aus den Fluten ersteigen!»

Nicht «Mut-Wille», auch nicht bloße «Tapferkeit» vermag Entscheidungen solcher Art auszulösen. Dazu bedarf es jenes Mutes, den Schopenhauer als «eine Art Geduld» charakterisiert, die ruhige Bereitschaft zum Alleinsein, zum Hinaustreten in den Bereich der Verantwortung. Damit vollzieht sich gleichzeitig ein Akt der Befreiung. Am Erlebnis der Verantwortung wird die menschliche Freiheit als Realität offenbar.

Indem er alle andern Möglichkeiten ausschließt, ist jeder Entscheid unausweichlicherweise einseitig. Er muß aber in der Totalität von Gedanken-, Gefühls- und Willensleben verankert sein, wenn ihm Durchschlagskraft und Dauerhaftigkeit beschieden sein soll. In der Stunde der Entscheidung enthüllt sich daher der Wesenskern der Persönlichkeit. Hier ist der ganze Mensch in die Prüfung gestellt. Entschlußfreudigkeit ist eine eminent unternehmerische Charakterprägung, zu deren Förderung der Referent dem gebannt lauschenden Publikum wesentliche Quellen zu erschließen wußte.

Der Bericht über die 8. Rigitagung der VfU wäre unvollständig, würde nicht der abendlichen «Plauderei» *Ernst Juckers* über den *russischen Menschen* Erwähnung getan. Ein vergebliches Bemühen, jenes aus tief bewegtem Herzen hervorquellende, mit kraftvollen Strichen und doch so subtil gezeichnete Bild der russischen Volksseele zusammenfassend wiedergeben zu wollen! Man glaubte «Sibiriens Wälder raunen» zu hören — unmittelbarer noch als beim Lesen der fesselnden Rußlandbücher des Referenten, und verstehend erinnerte man sich der eindringlichen Mahnung Anatol Michailowskys vor Jahresfrist am selben Ort, mit welcher er sich gegen die Gleichsetzung des Sowjetstaates mit Rußland wandte. Die «Plauderei» Ernst Juckers, die in Wirklichkeit ein Vermächtnis war, bildete erlebnismäßig recht eigentlich den Höhepunkt der an Glanzlichtern reichen Veranstaltung, und unschwer war das geistige Band zu erkennen, das die auf ersten Blick abseits vom Generalthema liegenden menschlichen Betrachtungen des Rußlandkenners mit den unternehmerischen Horizonten des kommenden Jahrzehnts vereinte.

Max Ulrich Rapold

Betrachtungen am Jahreswechsel

Erinnerungen an wesentliche Vorkommnisse auf dem Gebiete der Wirtschaft in der jüngsten Vergangenheit wecken die zum Jahreswechsel üblichen Rückblicke der ökonomischen Presseorgane. An erster Stelle ist hier der jährlich erscheinende Bericht des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins zu nennen, der Ende November 1959 als vollständigste und inhaltsreichste Veröffentlichung über den Gang der schweizerischen Wirtschaft im Jahre 1958 erstattet worden ist. Von dem übrigen umfangreichen Material der Reminiszenzen und Zukunftsbetrachtungen können hier nur die wichtigsten angeführt werden: Das Bankhaus Rahn & Bodmer in Zürich beschränkt sein «Jahreszirkular 1959» über markante Geschehnisse in Politik, Finanz und Wirtschaft nicht nur auf die Schweiz. Die Schweizerische Bankgesellschaft überreicht ihren Kunden eine umfangreiche Broschüre über «das Wirtschaftsjahr 1959». Von der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» wird im Januar «die Versicherungswirtschaft Westeuropas im vergangenen Jahre» behandelt. Die «Schweizerische Handels - Zeitung» (SHZ) beleuchtet am 30. 12. die «Weltwirtschaft an der Jahreswende». Einen solchen Jahresrückblick liefert auch das «Bulletin» Nr. 4 der Schweizerischen Kreditanstalt. Die Wiener «Industrie» zieht am 8. 1. eine «wirtschaftliche Bilanz zum Jahreswechsel». Endlich verfolgt man mit Anteilnahme im Januarheft der «Volkswirtschaft» (aus dem Volkswirtschaftsdepartement) die Angaben über «die Entwicklung des Arbeitsmarktes 1959» und in «La Suisse Horlogère» vom 20. 1. die Mitteilungen über die für die Handelsbilanz der Schweiz so wichtigen «Uhrenausfuhren 1959», deren Wert eine Milliarde Fr. überstiegen hat.

Internationale Wirtschaftspolitik

Bei der Bedeutung, die der im Gange befindlichen *regionalen Integration Europas* für die beteiligten Volkswirtschaften zukommt, ist es verständlich, daß der Stoff in der ökonomischen Presse, der sich mit Kleiner Freihandelszone (KFZ) und Europäischer Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) befaßt, auch in dieser Berichtsperiode fast erdrückend ist. Hierbei haben wir uns ebenfalls auf eine Auslese zu beschränken. Seit Dezember erscheint im rührigen Verlage Universum Press Wyler & Co. (Genf und Zürich), dessen reichhaltige Zeitschrift für Industrie, Technik und Forschung: «Die Wirtschaft» uns in früheren «Querschnitten» häufiger beschäftigt hat, mit monatlicher Folge die «Schweizerische Wirtschaftszeitung». Gleich in seiner ersten Nummer wartet das Blatt mit dem Leitartikel auf: «Die Kleine Freihandelszone — ein großes Risiko für die Schweiz», das die Redaktion in der unvollkommenen Konstruktion der Zone erblickt. Auch «Finanz und Wirtschaft» erörtert am 11. 12. die «Gefahren und Schwächen der KFZ». Der belgische Außenhandelsminister Jacques van Offelen betont in Nr. 334 der «NZZ» vom 5. 12. die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den beiden Blöcken. Hans Steffen (Zürich) fragt in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 29. 1., was der Unternehmer tun kann und soll, wenn die KFZ Realität geworden sein wird. Die Expertise des Professors Dr. Wilhelm Taucher in Graz über die künftige Stellung Österreichs im europäischen Markt hat schon vor ihrer Fertigstellung ebenso wie Tauchers Fühlungnahme mit Professor Hallstein in den Kreisen der KFZ eine gewisse Beunruhigung ausgelöst, zu der laut Wiener «Industrie» vom 15. 1. kein Grund vorliegt. Daß allerdings «Zusammenarbeit in allen Integrationsfragen» geboten ist, darauf hatte schon am 2. 12. der Vizepräsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Dr. Mayer-Gunthof, hingewiesen (siehe die Wiener «Industrie» vom 4. 12.). Diese Zusammenarbeit zu erzielen, war auch die Hauptaufgabe der sogenannten «Dillon»-Konferenz vom Januar in Paris. Ihre Ergebnisse werden von der «NZZ» (Nr. 13) am 14. und

vom «Economist» am 23. 1. als wichtig bezeichnet. Bezeichnend für die Sorge um die weitere handelspolitische Entwicklung im Lager der «Sieben» ist ein Aufsatz des «Economist» vom 13. 2., der sich mit der Frage beschäftigt, ob die Assoziation im Verhältnis zu den europäischen Neutralen für Großbritannien eine Verständigung mit den «Sechs» erschwert habe. Den in der Schweiz mit Spannung erwarteten Vortrag des britischen Handelsministers Maudling vom 14. 2. in Zürich über «Europas Zukunft im Lichte der Integrationsbestrebungen» und seine anschließende Pressekonferenz in Bern behandelt die «NZZ» am 17. und 18. 2. (Nr. 47 und 48). Daß Europa vor der Schicksalsfrage steht, bringt geistvoll der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 13. 2. in einem Artikel unter dem Titel: «EFTA contra EWG» zum Ausdruck.

«Aufgaben der Betriebsführung im Großen Europäischen Markt» betitelt Wirtschaftsprüfer Dr. Otto Bredt (Hannover) seinen Beitrag zu Nr. 4 des «Internationalen Gewerbearchivs». Die fiskalischen Auswirkungen eines innereuropäischen Zollabbaus» untersucht Dr. H. C. Binswanger in Heft IV der «Außenwirtschaft». Recht interessant ist schließlich eine Abhandlung von dem Herausgeber des Hamburger «Wirtschaftsdienstes», Dr. Clodwig Kapferer, an führender Stelle in der Januarausgabe seiner Zeitschrift: «1960 — Integration Europas und Koexistenz.»

Von weiteren Komplexen der internationalen Wirtschaftspolitik ist der Europäische Wirtschaftsrat, die *OEEC*, seit der Dillon-Konferenz wieder mehr in das Blickfeld der allgemeinen Aufmerksamkeit getreten. So läßt sich die «NZZ» am 20. 12. in Nr. 349 über «die Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der OEEC» vernehmen, und die «SHZ» schildert am 28. 1. «den Weg zu der» von den Amerikanern angeregten «OEEC-Reform». Die «NZZ» wird am 3. 2. (Nr. 33) aus Paris über «die OEEC und die Diskontpolitik Westdeutschlands» informiert, und die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» widmet sich am 15. 2. in kritischer Beleuchtung der gleichen Materie. — In der soeben zitierten Ausgabe der «SHZ» vom 18. 1. wird ferner hervorgehoben, daß in Kreisen des *GATT* wenig Begeisterung für die KFZ und den Ausbau der OEEC vorherrscht. — Was das Stoffgebiet der *Finanzen* betrifft, so hat sich der Schweizerische Bankverein durch Herausgabe einer übersichtlich angeordneten und allgemein verständlich geschriebenen Broschüre: «Das Bank-Fachwort» in der Berichtszeit ein Verdienst erworben. Der «Wochenbericht» Nr. 49 des Bankhauses Bär und die «NZZ» vom 1. 2. (Nr. 31) enthalten Nachrichten über die «Ida», die «International Development Association», eine Neugründung der Weltbank; ihr ist die Fürsorge für *unterentwickelte Länder* überantwortet worden. Auch die «SHZ» vom 7. 1. mahnt Europa, über der Erhöhung seines Lebensstandards die zurückgebliebenen Gebiete in der Welt nicht zu vernachlässigen. Die gleiche Tendenz strahlt ein Artikel des Leiters der Weltbank, Eugene Black, aus: «The Underdeveloped Areas in the 1960's» in der Londoner «Financial Times» vom 18. 1. Eindrucksvoll sind auch ein Aufsatz im «Economist» vom 30. 1. über die beste Art zur Unterstützung Indiens und Pakistans sowie eine Abhandlung von Dr. Matthias Schmitt in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 2.: «Finanzierungsprobleme der Entwicklungsländer in ökonomischer Sicht.»

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

Der Präsident des Direktoriums der Schweizer Nationalbank, Dr. W. Schwegler, hatte am 11. 12. vor Gleichgewichtsstörungen im Gefolge der *Überkonjunktur* gewarnt; darüber berichten die «NZZ» (Nr. 342) am 13. und «Finanz und Wirtschaft» am 15. 12. Auch dem «Monat» des Schweizerischen Bankvereins macht im Januar der industrielle Geschäftsgang in Verbindung mit dem Streben nach Arbeitszeitverkürzung Sorge. In ähnlicher Form findet die Konjunkturwarnung der Notenbank in einem Artikel der «Basler National-Zeitung» vom 14. 12. unter der Überschrift Beachtung: «Schweizer Nationalbank zieht Sturmflagge auf.» Als Beilage

zur «Volkswirtschaft» vom Februar erscheint die inhaltsreiche Mitteilung Nr. 141 der Kommission für Konjunkturbeobachtung über «die Wirtschaftslage» des 4. Quartals 1959. — Die *handelspolitischen Beziehungen* der Schweiz zur Umwelt liefern der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 18. 12. den Stoff zu einem Aufsatz: «La Suisse et l'économie mondiale.» In der Wiener «Industrie» vom gleichen Tage wird ausführlich über einen Vortrag vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Zürich referiert, mit dem Minister Schaffner die Frage beantwortet, aus welchen Gründen die Schweiz sich der EFTA und nicht der EWG anschließen mußte. Der schweizerische Warenaustausch mit Großbritannien wird von der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» im Februar unter die Lupe genommen. Die «NZZ» verarbeitet am 5., «Finanz und Wirtschaft» am 16. 2. die Mitteilungen der Eidgenössischen Oberzolldirektion über den schweizerischen Außenhandel im Jahre 1959. Der Übergang vom alten zum neuen *Zolltarif* der Schweiz und das Inkrafttreten des letzteren finden in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Januar Beachtung. Gedanken zu diesem neuen Zolltarif macht sich Dr. E. Geyer (Kilchberg) in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 8. 1. — Daß die *Preisstabilität* trotz des Konjunkturanstiegs gehalten werden muß, betont die «SHZ» am 10. 12. — Dr. D. Bodmer (Bern) verleiht in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Dezember der Auffassung Ausdruck, daß in der Schweiz gesetzliche Maßnahmen gegen eine Überfremdung des *Bankwesens* nicht angebracht seien. Die «NZZ», Nr. 346 vom 17. 12., befaßt sich mit dem Exposé des Bundesrates Streuli über das Budget 1960 vor dem Nationalrat. Wieder ist es die «NZZ», die am 13. 2. (Nr. 43) in einem längeren Artikel auf einen Vortrag des Nationalbank-Direktors Dr. Fritz Leutwiler vor der Studiengesellschaft für Wirtschaftspolitik über «Moral Suasion» als Mittel der Notenbank-Maßnahmen eingeht. Auch «Finanz und Wirtschaft» würdigt am 19. 2. diesen Vortrag. In der «NZZ» vom 22. 2. (Nr. 52) prüft die Redaktion die Entwicklung der Währungslage im Urteil der Nationalbank. Dr. Max Rudin (Zürich) verbreitet sich in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung, Nr. 2 von 1960, über «die nennwertlose Aktie». — Daß die Schweiz vor schweren Auseinandersetzungen *steuerpolitischer* Art steht, betonen die «Steuer-Revue» vom Januar und «Finanz und Wirtschaft» vom 5. 1. Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 29. 1. plädiert für eine Anhebung der Zinssätze. In der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» vom Januar verurteilt der Redaktor Dr. Hermann Häberlin (Zürich) die Leichtfertigkeit, mit der in einzelnen Kantonen die Steuergesetze verschärft werden. Ihre Überzeugung, daß die Steuerkraft in der Schweiz unvermindert geblieben ist, bringt die «SHZ» am 18. 2. zum Ausdruck. — Die «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Dezember und die Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Januar bringen Bemerkungen zum *Kartellgesetzentwurf* von Dr. Gerhard Winterberger (Zürich); sie werden hier im Lande um so lebhafteres Interesse wachrufen, je mehr der Termin einer Beratung des Entwurfes im Schoße der eidgenössischen Räte heranrückt. Wo «das richtige Maß des Wettbewerbs liegt», untersucht die «SHZ» am 25. 2. — Im übrigen ist auf die Gedanken «zur Revision des Uhrenstatuts» in Nr. 2. der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» und auf die Sonderbeilage: «Banken - Börsen - Versicherungen» der «Finanz und Wirtschaft» vom 5. 1. zu verweisen. Auch die breit angelegte Erörterung des Themas «Genf» mit seinen verschiedenen Auswirkungen in der «SHZ» vom 14. 1. und die redaktionellen Überlegungen zur «Neuorientierung der Agrarpolitik» im gleichen Presseorgan am 28. 1. sind des Studiums wert.

Informationen aus Ländern wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. Aus Europa: Die mit der jüngsten Diskonterhöhung der *dänischen* Nationalbank verfolgten Ziele erläutert die «NZZ» am 27. 1. (Nr. 26). Auf dortige Lohnzuschläge

verweist sie am 4. 2. (Nr. 34). — Aus der *deutschen Bundesrepublik* wird der «NZZ» durch ihre Korrespondenten von der bevorstehenden «neuen Lohnwelle» am 6. (Nr. 335) und von der «Mietzinspolitik» am 16. 12. (Nr. 345) berichtet. Georg Gast (Bonn) befaßt sich in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Januar mit dem auch in der Schweiz aktuellen Thema: «Finanzausgleich und öffentliche Ausgabenwirtschaft.» In der monatlichen Revue der Federal Reserve Bank von New York werden die Erfahrungen Westdeutschlands bezüglich des Wachstums der Wirtschaft und der Stabilität der Preise im Februar erörtert. Mit einer Interpretation des jüngsten Memorandums der Deutschen Bundesbank zur Frage der Verträglichkeit von Lohnerhöhungen mit der Währungsstabilität kommt der «Economist» am 20. 2. zum Schluß, daß das deutsche «Wirtschaftswunder» stark gefährdet ist. — Daß «*Frankreichs* Außenhandelspolitik liberal» wird, behauptet der Pariser Vertreter der Wiener «Industrie» am 11., und «La Suisse Horlogère» unterrichtet am 24. 12. ihre Leser über «die industrielle Dezentralisation in Frankreich». Auf die «Zunahme der französischen Devisenreserven» (1959 im Nettobestand fast 1 Milliarde Dollar mehr als 1958) lenkt die «NZZ» am 12. 1. (Nr. 11) unsere Aufmerksamkeit. «Warum Paris keine große europäische Lösung» (in der Integrationsfrage) «will», untersucht die Wiener «Industrie» am 26. 2. — Der Schweizer Export nach *Großbritannien* und die Wachstumsrate der britischen Wirtschaft wird an Hand von Schaubildern durch Dr. Alfred Nydegger (St. Gallen) in Heft IV der «Außenwirtschaft» illustriert. «La Suisse Horlogère» vom 4. und 18. 2. unterrichtet über Politik und Wirtschaft im britischen Commonwealth. — «Eindrücke aus *Irland*» gibt Dipl.-Ing.-Agr. H. R. Kistler (Zürich) in der «Agrarpolitischen Revue» (Heft 4/1959) wieder. — Die Wirtschaftslage *Italiens* wird von «Finanz und Wirtschaft» am 26. 1. günstig beurteilt und insbesondere seine Währung als «überaus solide» bezeichnet. — «Aufbau und Aufgaben von Gewerkschaften und Arbeiterkammern in *Österreich*» charakterisiert Edgar Schranz (Wien) in den Kölner «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Dezember. Daß «Österreich den Übersee-Export ausbaut», beweist die «SHZ» vom 21. 1., und der «Economist» vom 30. 1. betont die für Österreich bestehenden Schwierigkeiten der Wahl zwischen EWG und KFZ. «Bremsen für die österreichische Überkonjunktur» werden in der «NZZ» vom 27. 2. (Nr. 57) geschildert. Die «Information» der Internationalen Treuhand AG. in Basel veröffentlicht im Februar einen bemerkenswerten Vortrag des Wiener Handelsministers Dr. Fritz Bock über Österreichs Stellung zwischen West und Ost. — «Finanzkrise und Steuerpolitik in *Schweden*» und die dortige Diskonterhöhung vom 14. 1. sind die Themen der Artikel in der «NZZ» vom 17. 12. (Nr. 346) bzw. 16. 1. (Nr. 15).

2. *Aus der außereuropäischen Welt:* «Der Klare Blick», ein vom Schweizerischen Ost-Institut in Bern seit Beginn des laufenden Jahres herausgegebenes «Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa», motiviert am 2. 2. seinen Glauben, daß 1960 als das «Große *afrikanische* Jahr» in die Geschichte eingehen wird.

Einzelheiten aus der jüngsten Vereinbarung zwischen der Schweiz und *Tunesien* über die Verlängerung des Handelsvertrages vom 26. 10. 1957 findet man in «La Suisse Horlogère» vom 4. 2. — «*Argentiniens* Jahr der ‚Austerity'» beschäftigt den «Economist» vom 9., die Wirtschaftsprobleme dieses Landes werden in «Finanz und Wirtschaft» am 12. und 19. 1. erörtert. — Auf die Inflation und die wachsende Unzufriedenheit in *Brasilien* geht die «NZZ» am 1. (Nr. 330) und 30. 12. (Nr. 358) ein. — Auch verweist sie am 5. 2. (Nr. 35) auf die Auslandsabhängigkeit der Wirtschaft in *Kanada*. — Dem «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts ist am 3. 1. ein aufschlußreicher Bericht über «die Haupttendenzen der *chinesischen* Wissenschaft und Forschung» und am 27. 1. eine kürzere Monographie über «Staat und Volkswirtschaft der *Mongolei*» zu entnehmen. — Die «SHZ» stellt am 4. 2. «*Japan* auf dem Wege zum selbständigen Faktor im Pazifik» vor.

Wirtschaftsprobleme in den USA

Das Dezemberheft von «Challenge» wurde den Aufgaben und Aussichten gewidmet, die im Gefolge des *ökonomischen Wachstums* in den USA auftreten. Der «Splitter» vom Dezember der Schweizerischen Volksbank enthält in gedrängter Form eine Charakteristik des bekannten Taft-Hartley-Antistreikgesetzes in Amerika. Am 1. 1. (Nr. 1) öffnet die «NZZ» einen Ausblick auf den Washingtoner Staatshaushalt für 1960/61, und am 14. 2. befaßt sie sich in Nr. 44 mit «der Kreditpolitik des Schatzamtes». Die Korrespondenten der «NZZ» in Washington und New York informieren ihr Blatt am 19. 1. (Nr. 18) über die Budget- und am 21. 1. (Nr. 20) über die Wirtschafts-Botschaft des amerikanischen Präsidenten. Die gleiche Zeitung findet am 9. 1. (Nr. 8) in der «*State of the Union-Botschaft*» Eisenhowers vom 7. 1. eine konservative Grundtendenz. Auch «La Suisse Horlogère» vom 14. 1. geht auf diese Kongreßvorlage ein. Hugo Tschudin (New York) verweist in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 26. 2. auf die von ihm selbst nicht für sehr aussichtsreich gehaltenen Bestrebungen in der amerikanischen Industrie nach Verschärfung des *Protektionismus*. Professor Neil W. Chamberlain der Yale-Universität vertritt im «Challenge» vom Januar den Standpunkt, daß das Anwachsen der *Gewerkschaften* im Lande aufgehört und ihr Einfluß sich vermindert hat. Vor den «Schweizer Freunden der USA» hat der Chef der Handelsredaktion in der «NZZ», Dr. F. Aschinger, über «die Vereinigten Staaten und der europäische Integrationskonflikt» gesprochen; der Vortrag ist am 13. 2. (Nr. 43) in der «NZZ» wiedergegeben worden. Ebenso ist es die «NZZ», in der am 16. 2. (Nr. 46) Professor Dr. Wilhelm Röpke sich mit den amerikanischen Dollarsorgen und der dortigen Haltung gegenüber der «europäischen Mißintegration» befaßt.

Wirtschaft im Sowjetblock

Mit dem Hinweis auf den Elektrizitätsverbrauch in Rußland belegt der «Economist» seine Meldung vom 19. 12. über die dort vergrößerte Gewinnung elektrischer Kraft. «Rußlands zweite industrielle Revolution» erblickt Hans-Georg Glaser (Essen) in den letzten Beschlüssen des Zentralkomitees der KPdSU betreffend die Automatisierung und Rationalisierung (vgl. «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik», vom Dezember). Am 16. 1. befaßt sich der «Economist» mit der unvollständigen Agrarpolitik Chruschtschews und mit dem neuen industriellen Kurs in der deutschen Sowjetzone. Erwünschte Informationen aus «Bulgarien — einem Balkanstaat in der industriellen Revolution» verschafft uns Richard Schwertfeger (Zürich) in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Januar. Der «Außenhandelsverflechtung der kommunistischen Länder» versucht Dr. E. Groß (Hamburg) im schon vorher erwähnten «Wirtschaftsdienst» vom Dezember auf den Grund zu gehen. Im «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts vom 10. und 17. 2. stießen wir auf einen interessanten Bericht über «Aufbau und Entwicklung des KOMEKON», des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Ostblock[1]. Die in Bonn erscheinenden Wochenhefte «Die Wirtschaft des Ostblocks» geben am 28. 1. ziffernmäßige Angaben über «die Produktionsergebnisse der sowjetischen Industrie im Jahre 1959», und am 10. 2. behandeln sie die «Bevölkerungsstatistik der Sowjetunion» nach dem Stande vom 15. 1. 1959.

Im Hinblick auf den eindrucksvollen Aufsatz von Wolfgang Förster: «*Ost-West-Handel* zwischen Illusion und Wirklichkeit» in den «Schweizer Monatsheften» vom Februar kann Ihr Referent heute hier auf Zitate aus der Presse im allgemeinen verzichten, die sich auf diesen Warenaustausch beziehen. Hingewiesen sei ausschließlich auf eine der Beachtung werte, erschöpfende Darstellung der «Stoßrichtung des roten Handels» in der vom Komitee Freies Europa herausgegebe-

[1] Vgl. Zotschew: Der osteuropäische Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Schweizer Monatshefte, Juni 1958, S. 181—194, und W. Schaumann, Schweizer Monatshefte, April 1960, S. 11—23.

nen Münchner Monatsschrift «Hinter dem Eisernen Vorhang», Nr. 1.

Sonstiges

Im übrigen sei wie üblich auf die «Zeitung für kommunale Wirtschaft» hingewiesen, deren Leitgedanken sich im Dezember auf die Wasser-, im Januar auf die Gas- und im Februar auf die Stromversorgung im gemeindlichen Bereich erstrecken. Der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins enthält im Dezember einen Bericht über «die Bautätigkeit in der Schweiz», der durch eine graphische Darstellung ergänzt wird. Endlich ist das 6. Heft der «Revue Economique Franco-Suisse» in erster Linie Fragen der Photographie und der Lichtspieltheater gewidmet.

Hans Posse

Die Sorge um die Solidität, die Schaffung von Reserven darf nicht den schöpferischen Drang nach dem Neuen ersticken und dem Einsatz großer Mittel im Wege sein, denn jedes Unternehmen lebt, indem es sich immer erneuert.

Größte Konzentration auf das eigene Gebiet in unermüdlicher Vervollkommnung darf nicht in Perfektionismus, in Selbstgenügsamkeit und Selbstzufriedenheit ausarten, sondern muß Raum lassen für unablässige Forschung und für den Blick auf umwälzende Entwicklungen, die zum Wesen der Technik gehören und immer wieder den ruhigen Gang der Wirtschaftsgeschichte durchbrechen.

Max Huber